

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibendöpsereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensefer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Paris.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Lektion Brüning.

Vor Jahren ist im Deutschen Reichstag ein Zentrumsantrag zum Gesetz erhoben worden, wonach die Lohnsteuer, wenn ihr Aufkommen eine bestimmte Höhe erreicht, gesenkt werden soll. Der Antrag trug den Namen des heutigen Reichskanzlers; das Gesetz wird deshalb „Lex Brüning“ genannt. Von etwaigen Segnungen der Lex Brüning haben wir aber nichts gespürt. Dafür wird dem deutschen Volk jetzt eine Lektion Brüning nach der anderen erteilt. Wahre Füllhörner neuer Steuern und Steuervorschläge ergießen sich unbarmherzig über uns.

Nach dem Etat Stegerwald vernahmen wir in der vorigen Woche den Etat Dietrich. Nach Arbeit und Sozialpolitik die Finanzen. Zwei Ministerialrächer von großer Bedeutung besonders für die Arbeiterschaft. Die Etatrede des neuen Finanzministers sollte den Auftakt geben für den Beginn einer großen Finanzdebatte, die noch vor den Reichstagsferien abgeschlossen werden soll mit der Vereinigung der Finanzschwierigkeiten des Reiches und mit Beschlüssen zur „Reform“ der Sozialversicherung. Minister Dietrichs Rede hätte ein politisches Ereignis werden können. Aber sie ist es nicht geworden. Dietrich ging gleich aus Ganze und machte zur Voraussetzung für sein Verbleiben im Amt, daß hundert Millionen Mark eingespart werden müssen. Sein Ziel ist die Loslösung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Versicherungsträger, womit in erster Linie die Arbeitslosenversicherung gemeint ist. Inzwischen haben die Regierungsparteien bereits beschlossen, die im WAWG. vorgesehene Darlehenspflicht des Reiches zu begrenzen. § 163 WAWG. soll diesen Zusatz erhalten: „Der Höchstbetrag dieser Darlehen muß vom 1. April 1931 an jeweils im Haushaltsgesetz festgesetzt werden“. In seiner Etatrede bekundete Minister Dietrich sehr oft die bekannten Absichten der bürgerlichen Finanzminister. Der Zuschuß aus den Zollgeboten für die Invalidenversicherung soll um die Hälfte, auf 20 Millionen, gesenkt werden. Der bisherige Zuschuß zur Familien-Wochenhilfe von 32 Millionen soll ebenfalls um die Hälfte gekürzt werden. Die produktive Erwerbslosenfürsorge soll durch Inanspruchnahme des Kapitalmarktes auf eine andere Grundlage gestellt werden, so daß für diesen Zweck größere Beträge als bisher zur Verfügung stehen, aber im Reichshaushalt selbst bei diesem Posten schon für das laufende Etatsjahr bereits 10 Millionen gestrichen werden können. Wenn auch Minister Dietrich gegen die Streichung des Reichsbeitrages an die Invalidenversicherung ist, so folgte aber sonst der neue Reichsfinanzminister den bisherigen Spuren des Kabinetts Brüning, machte hier Zugeständnisse, dort Zugeständnisse in Grundsatzfragen, wird also die von dem Sozialdemokraten Dr. Herz als „Politik der Trinkgelber“ bezeichnete Politik fortführen. Die Volkspartei wollte er gewinnen mit der Erklärung, ohne Deckungsgesetz und ohne Beitragserhöhung komme auch kein Abbau der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung in Betracht. Die Deutschnationalen mahnte er an die Osthilfe. Gegen den Hansabund — der von seinem eigenen Parteigenossen, Dr. Fischer, geleitet wird — hatte er sich schon einleitend recht kräftig gewandt. Trotz alledem kam bisher noch keine Mehrheit für die Deckungsvorlage der Reichsregierung zusammen. Jede der Regierungsparteien hat vorläufig noch ihre eigenen Wünsche. Für die sogenannte Kopfsteuer, die der Volksmund Negerssteuer nennt, ist die Deutsche Volkspartei; die Bayerische Volkspartei ist dagegen; die Demokraten sind für diese Steuer aber nur in Verbindung mit der Alkoholverzehrssteuer. Aber die Wirtschaftspartei ist gegen die Alkoholverzehrssteuer

und für die Kopfsteuer, und das Zentrum stimmt „trotz mancher Bedenken einmütig“ zu. Als Ziel des Umbaus des Steuerwesens des Reiches erklärte Minister Dietrich Senkung der Realsteuer und der Einkommensteuer. Die Realsteuer sei die vordringlichste. „Ob wir für die Krisenfürsorge und Arbeitslosenversicherung wieder wie in diesem Jahre 674 Millionen Reichsmark zahlen müssen, ob die Ausgaben dieses Postens steigen oder fallen, das ist für den Etat die Grundfrage. Hiermit steht und fällt aber nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, die über hundert Millionen bringen soll, sondern auch die Beitragserhöhung, die nahezu 200 Millionen bringen soll. Wenn diese Vorlagen nicht geschluckt werden, dann scheitert nicht nur die Sozialreform, sondern dann entfällt auch — so sagt Minister Dietrich und drohte damit den ostelbischen Agrariern —, die Grundlage für das Ostprogramm.“

Die Verstimung über die Etatrede Dr. Dietrichs war so groß, daß die Aussprache im Reichstag unvergesehen vorzeitig geschlossen werden mußte, weil sich außer den Oppositionsparteien niemand, auch nicht ein einziger Abgeordneter der die Regierung tragenden Parteien, zum Wort meldete. So wanderten die Vorlagen wieder an die Ausschüsse, in denen die Regierungsparteien nun kompromittiert. Erste Ergebnisse: Die weitere Einbeziehung von Berufs- in die Krisenfürsorge wurde abgelehnt. Dafür einigte man sich im Sozialpolitischen Ausschuss auf eine Entschliefung, in der der Reichsarbeitsminister u. a. ersucht wird, den Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenunterstützung der inzwischen eingetretenen allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes anzupassen und alsbald größere Mittel für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge bereitzustellen. Was wird Dr. Stegerwald nun tun?

Wie verlautet, will der Kanzler, wenn er den Eindruck gewinnen sollte, daß keine parlamentarische Mehrheit für seine Deckungsvorlagen sicher ist, die Deckungsvorlagen durch Artikel 48 der Reichsverfassung als Notverordnung in Kraft setzen, und dies ohne Auflösung, selbst ohne Vertagung des Parlaments. Gegen diese Beiseiteschiebung des parlamentarischen Systems wenden sich aber nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch die Demokraten.

In einer Zeit, wo die Sparfamkeitsapostel sogar verlangen, daß bei den Arbeitslosen gespart und die Löhne gesenkt werden müssen, verdient ein Mann besonderer Erwähnung. Das ist der Herr Reichsfinanzminister a. D. Professor Dr. Moldenhauer. Er konnte keine Rede beschließen, ohne seinem Patriotismus

mit einem frommen Augenaufschlag und einigen aus der Tiefe der Ueberzeugung kommenden Worten Ausdruck zu geben. „Sparfamkeit zugunsten des notleidenden Vaterlandes“ war bei allen seinen „Taten“ das Gesetz seines Handelns. Moldenhauer, der einer der ersten Verteidiger des Notopfers der Beamten ist, fordert nämlich für seine kurze Ministerfähigkeit eine jährliche Pension von nicht weniger als 29 500 Reichsmark. Das fordert derselbe Minister, der ein Ministerpensionsgesetz mit seinem Namen veröffentlichte, das eine Kürzung der Pensionen der Reichsminister vorsieht. Danach bekommen die Minister fortan keine Pension mehr, sondern ein Uebergangsgeld. Dr. Moldenhauer wäre der erste gewesen, auf den dies Gesetz angewendet werden müßte. Das aber geht dem Sparapostel gegen den Strich.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat inzwischen den Vorgriff auf die im zweiten Nachtragshaushalt 1930 für den Wohnungsbau in Ansatz gebrachten 100 Millionen genehmigt. Dafür soll in Gegenden mit starkem Wohnungsbedarf und gleichzeitig starker Arbeitslosigkeit der Bau billiger Kleinwohnungen gefördert werden. Die hundert Millionen des Reichshaushalts sollen in Form billiger Hypothekendarlehen zu ähnlichen Bedingungen wie die Hauszinssteuerhypotheken bereitgestellt werden. Außerdem sind Verhandlungen mit den Landesversicherungsanstalten eingeleitet, die von der Verpflichtung, für 50 Millionen Reichsbahn-Vorzugsaktien anzukaufen, unter der Bedingung entbunden werden sollen, daß sie Mittel in gleicher Höhe für dies besondere Wohnungsbauprogramm zur Verfügung stellen. Ferner soll die deutsche Bau- und Bodenbank A.-G., Berlin, mehrjährige Zwischenkredite für die erste Hypothek beschaffen.

Diese politischen Streiflichter zeigen ganz deutlich, wenn auch in dem letzten ein ganz kleiner Lichtblick für die Belebung der Bauwirtschaft aufgezeigt wird, daß wir noch lange nicht, sowohl im Politischen als auch im Wirtschaftlichen, über dem Berg sind. Nirgend eine große politische oder wirtschaftliche Linie zu Ankurbelung des Wirtschaftslebens und zur Sanierung der Reichsfinanzen. Die Bauarbeiterschaft fordert, daß endlich Durchgreifendes getan wird, um das Baugewerbe, dies Schlüsselgewerbe der Volkswirtschaft, in großem Umfang zu beleben. Reichstag und -regierung sollten sich endlich die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats zur Belebung der Bauwirtschaft zu eigen machen, sowie sich mit den Vorschlägen der gewerkschaftlichen und der wirtschaftlichen Organisationen des Baugewerbes befassen. Das deutsche Volk hat genug von den Lektionen Brünings. Dringlich notwendig wäre eine Lex Brüning zur Ankurbelung des gesamten Wirtschaftslebens!

Soziale Theorie des Kapitalismus.

Vorbemerkung: Unter diesem Titel hat der Hamburger Professor Sen. Ewald Heimann im Verlage von J. E. B. Mohr-Verlag ein Buch erscheinen lassen, das Beachtung verdient. Wir berichten im folgenden deswegen etwas eingehender darüber.

Das Werk bietet ein Stück analytischer Gesellschaftslehre, untersucht die sozialen, welt- und wirtschaftsanschaulichen Bewegungen, deren dynamische Kraft auch das Wesen des Kapitalismus umwandelt, ihn zwang, dem zeitlichen Wandel der sozialen Verhältnisse, d. h. zuletzt den Bedürfnissen der Sozialpolitik Rechnung zu tragen. Er findet den Ursprung der sozialen Bewegung in der Idee des Liberalismus — des Liberalismus, der das Tor der modernen Welt aufgestoßen und die Menschen des Mittelalters in die neue Freiheit entlassen hat. Das Lied des Wohl in seinen Aufgaben, aber nicht in seiner Wesenheit wandelbaren, stets revolutionären Liberalismus klingt kontrapunktisch durch das ganze Werk.

Gegen die Entwürdigung der Arbeit in der modernen Arbeitswelt erhob sich die Arbeiterbewegung, von der

Heimann sagt, sie stehe auf dem Boden des Liberalismus und sei überhaupt nur denkbar auf ihm, sie benutze die vom Liberalismus gegebenen Waffen und kehre sie gegen die vom Liberalismus geschaffene Wirklichkeit, jedoch nicht um diese zu zerstören, sondern um sie zu überwinden, zu über-treffen, die Entwicklung darüber hinaus zu führen. System und Organisation habe die Arbeiterbewegung als Trägerin der sozialen Idee zuerst und in entscheidender Weise durch den Marxismus erhalten. Die grundlegenden Sätze, von Marx formuliert, besagen: daß der Kapitalismus auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft beruht und daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß. In diesen Sätzen seien Programm und Organisation grundfänglich enthalten. Sie seien geistige Grundlage aller Kampforganisationen der Arbeiter wie der Angestellten in allen drei weltanschaulich getrennten Spitzenorganisationen. Und das gewerkschaftliche Monopol der deutschen Gesetzgebung, die nur diesen Kampforganisationen die Vertretung der Arbeiter und Angestellten anvertraut, mache damit aus

jenen grundlegenden Säßen geradezu einen Eckstein der deutschen Sozialverfassung, deren Ziel sei: die positive Schöpfung des Kapitalismus in eine soziale Freiheitsordnung einzubauen. Wohl gemerkt: soziale Freiheit! Individuelle Freiheit im Großbetriebe würde entweder den Großbetrieb selbst zerstören oder als Freiheit einzelner wieder die Freiheit der andern verhindern. Grundgedanke der sozialen Idee ist der Wille zur Gemeinschaft.

Die Sozialpolitik bezeichnet Heimann als institutionellen Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus. Soweit Kapitalismus herrscht, ist die soziale Idee verbannt; soweit Sozialpolitik vordringt, weicht der Kapitalismus zurück. Kapitalismus ist Kapitalherrschaft, Sozialpolitik Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und der Sachgüterordnung, sie ist Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. Man braucht die von der sozialen Idee Ergriffenen für den Bestand des Kapitalismus und muß darum der sozialen Idee nachgeben; aber was man auf diese Weise bewahrt, ist nicht der Kapitalismus, es ist fortschreitend immer weniger Kapitalismus, es ist der Vorgang wiederholt. Dies das konservativ-revolutionäre Doppelwesen der Sozialpolitik. — Dieses doppelseitige Merkmal muß sich an jeder sozialpolitischen Einrichtung aufweisen lassen, sofern sie echten sozialpolitischen Charakter trägt. Dieser ermangelt Maßnahmen, die der Kapitalismus von sich aus durchführt, ohne durch den Druck der sozialen Bewegung dazu gezwungen zu sein, weil ohne sie das kapitalistische System sichtbar Schaden leiden würde. Auch die Lohnerhöhung kann diesen doppelseitigen Sinn haben. Die innerkapitalistische Marktentstehung der Lohnerhöhung besagt also nichts gegen ihren sozialpolitischen Charakter, und ihre soziale Dynamik nichts gegen ihren ursprünglichen kapitalistischen Charakter. Die monopolistische Lohnerhöhung hingegen — im Gegensatz zur marktmäßigen — wird dem Kapitalismus abgerungen, und eben sie macht ihren reinen sozialpolitischen antikapitalistischen Charakter aus.

Es sind also zwei Typen der Sozialpolitik zu unterscheiden: je nachdem, ob der unmittelbare Anstoß zur Sozialpolitik von einer wirtschaftlichen Unvollkommenheit des Kapitalismus selbst kommt oder aus der Angewiesenheit des Kapitalismus auf seinen inneren Feind.

Bei einem dritten Typus der Sozialpolitik liegt der Vorteil der Arbeiter nicht auf wirtschaftlichem Gebiete, d. h. nicht in der Versorgung. Das ist der Fall, wenn „der Wille zum Menschen“ ein Wirtschaftsoffer auf sich nimmt. Eine außer- und überwirtschaftliche Errungenschaft der Sozialpolitik, ein Zuwachs an Freiheit, Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeit braucht sich nicht erst in günstigen wirtschaftlichen Wirkungen zu beglaubigen. Daher ist auch nur vom Standpunkt des Kapitalismus, nicht von dem der sozialen Bewegung aus das sowjetrussische Experiment ohne weiteres als gescheitert anzusehen, wenn die Güterfrage dort Schwierigkeiten bereitet.

Während Arbeiterschutz und Arbeitswissenschaft als Einrichtungen innerkapitalistischen Ursprungs es mit dem arbeitenden Menschen zunächst nur als mit einem Gegenstand der Bewirtschaftung, mit einem Mittel des Betriebszweckes zu tun haben, wobei der Arbeiter Objekt bleibt, tritt er auf dem Kampffelde des Arbeitsrechts als Objekt auf. Das Arbeitsrecht schafft eine soziale Betriebsordnung, die den arbeitenden Menschen in der charakteristischen Form des Kollektivrechts ein Stück Freiheit und Verantwortung für die Gestaltung des Arbeitslebens einräumt. Durch die Unabhängigkeit des Tarifvertrages und die Möglichkeit seiner Verbindlichkeitserklärung ist ein Vorrecht der sozialen Freiheitsidee vor der feudalen-patriarchalischen Herrschaftsidee geschaffen. Als notwendige Ergänzung zum Tarifvertrags- und Schlichtungswesen bezeichnet Heimann die Arbeitslosenhilfe als ein notwendiges Instrument jeder sozialen Lohnpolitik, und für die beschäftigten bleibenden Arbeiter nicht weniger bedeutungsvoll wie für die Arbeitslosen selbst.

Zusammenfassend erklärt Heimann, Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Bewegung; denn die soziale Bewegung ist der soziologische Körper der sozialen Idee. Die soziale Idee ist die Seele der sozialen Bewegung, in sie hinein geboren und durch sie lebendig und wirkend. Der Kapitalismus muß diese wesenwidrige Verwirklichung zulassen; er muß sie sich also sozialpolitisch aufzwingen lassen, weil er auf die Menschen der sozialen Bewegung angewiesen ist. Wenn man die Errichtung der sozialen Freiheitsordnung als Sozialisierung bezeichnet, so ist Sozialpolitik bisher der bevorzugte Weg der Sozialisierung. Es ist die geschichtliche Bedeutung der von den Gewerkschaften veranlaßten und herausgegebenen Gemeinschaftsarbeiten über „Wirtschaftsdemokratie“, daß sie damit ihre tatsächliche Stellung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung legitimiert und ihre Leistungen — Leistungen der Sozialpolitik — auch theoretisch bewußt gemacht sowie den Weg der Sozialisierung vorgezeichnet hat, den Weg von unten her aus der Sphäre des einzelnen Arbeiters aufsteigend und allmählich bis in das Herz der Eigentumsfrage vorstoßend. Aber Freiheit ist Verantwortung und muß gekonnt sein, sonst wird nicht die Freiheit verwirklicht, sondern nur die Herrschaft gewechselt.

Es handelt sich hier um ein Werk, daß die moderne Sozialpolitik wesentlich zu beeinflussen vermag und schon darum den zur praktischen Mitarbeit Berufenen und Verpflichteten bekannt sein muß. Leider sind aber gerade diese so stark von der praktischen Arbeit in Anspruch genommen, daß sich ihnen nur in größeren Zeitabschnitten die Möglichkeit bietet, strengere wissenschaftliche Werke zu studieren. Ihnen eine vorläufige Kenntnis von dem Werk zu vermitteln, ist im besonderen als Zweck der vorstehenden Wiedergabe gedacht.

Der Wohnungsbau im Jahre 1929.

Das Ergebnis des Wohnungsbaues im vergangenen Jahr ist je nach dem Gesichtspunkt, von dem man es betrachten will, verschieden zu beurteilen. Unter wohnungspolitischen Gesichtspunkt gesehen, war es recht günstig, denn die Zahl der fertiggestellten Wohnungen war nicht unerheblich größer als der im Verlauf des Jahres durch Eheschließungen usw. hinzugeflossene Neubedarf, so daß der Fehlbestand an Wohnungen wiederum gemindert werden konnte. Weniger erfreulich stellt es sich indessen unter mietpolitischen Gesichtspunkt dar. Die Hypothekenzinsen hielten sich das ganze Jahr hindurch auf sehr großer Höhe, so daß die Woh-

nungen mit sehr teuren Mieten belastet sind. Der Zinssatz für erste Hypotheken am freien Markt (Hypotheken der Hypotheken-Aktien-Banken, der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, der Versicherungsgesellschaften), der sich zu Jahresbeginn auf 10 1/2 % gestellt hatte, stieg bis auf etwa 12 1/2 %; die Hypothekenforderungen der Sparkassen lagen wohl ausnahmslos niedriger, gingen aber gelegentlich bis auf annähernd 10 % hinauf; die Forderungen der Landes-Versicherungsanstalten hielten sich zwar nach wie vor auf der bescheidenen Höhe von 4 bis 6 %, bei einigen Instituten auch 7 oder gar 7 1/2 %, waren aber wegen der Inanspruchnahme der Anstalten für die Reichsfinanzen in nur geringem Maße erhältlich.

Am wenigsten kann uns das Ergebnis der Bautätigkeit unter bauwirtschaftlichem Gesichtspunkt gefallen. Zwar ist gegenüber 1928 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen von 330 442 auf 338 802 gestiegen, aber dieser Steigerung des Wohnungszugangs entspricht keine Steigerung an Arbeitsmöglichkeiten. Die zunehmende Steigerung der Zinslasten stellte die Bauauftraggeber vor die Notwendigkeit, an allen Stellen zu sparen, um für die Wohnungen Mieter zu finden; aus diesem Grunde wurde der Wohnraum nach Möglichkeit beschränkt; niemals zuvor stand die Kleinwohnung so im Mittelpunkt der Diskussion wie im vergangenen Jahre. Außerdem wurde auf jede andere Weise eine Mietenverbilligung angestrebt; die Wohnhäuser wurden weiterhin vergrößert, mehr Wohnungen an das Treppenhaus gelegt, der Siedlungsbaue weiterhin zurückgedrängt, billigere Bauverfahren und Baustoffe verwandt.

Feststellungen über die Wohnungsgröße wurden wiederum nur für die Groß- und Mittelfstädte getroffen. Im Jahre 1928 enthielt die Wohnung in den Großstädten noch 4, in den Mittelfstädten 3,9 Räume einschließlich Küche und Kammer, im vergangenen Jahr enthielt sie nur 3,9 und 3,8 Räume. Der Rückgang ist — absolut genommen — zwar



Gespräch in der Baubude.

„Hatschie!! Donnerwetter, mitten im Sommer holt man sich den Schnupfen —“
 „Ja, Kamerad, nicht nur du, die ganze Arbeiterschaft ist verschmupft von der Politik der Regierung Brüning.“

nur gering, im Verhältnis zu den früheren Wohnungsgrößen jedoch recht bedeutend; er beträgt für die Großstädte genau 2 1/2 %, für die Mittelfstädte sogar noch etwas mehr. Diese 2 1/2 % sind groß genug, um die Bautätigkeit in anderem Lichte erscheinen zu lassen. Nach ihnen ergibt sich nämlich, daß der Wohnungsbau 1929 geringer war als 1928; anders ausgedrückt, wurden 1929 zwar mehr Wohnungen aber weniger Wohnräume gebaut als 1928. — Die Wohnräume sind überdies sehr viel kleiner geworden. Flächengröße und Höhe des Zimmers wurden gleichfalls verkleinert und das Nebengelände auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt. Ueber die quantitativen Auswirkungen dieser Maßnahmen läßt sich aber nichts sagen, da sie nicht erfaßt werden.

Für den Baumarkt ist schließlich noch die Neigung, immer mehr zum Wohnblock überzugehen, bedeutungsvoll. Die Erkenntnis, daß das Eigenheim ein schöner Traum bleiben muß, solange sich nicht unsere wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund auf bessern, ist nachgerade Allgemeingut geworden, und zwar durchaus nicht zum Schaden des Baumarcktes. Zwar erfordert das freistehende Einzelhaus mehr Arbeit als der von ihm eingeschlossene Wohnraum in einem Wohnblock, aber der Kostenaufwand ist im Wohnblock doch sehr viel geringer, so daß bei dieser Bauweise mit gleichem Kapital sehr viel mehr Wohnraum geschaffen werden kann als beim Einzelbau. Sehr wichtig sind ferner die finanziellen Vorteile hinsichtlich der Geländekosten. Bei der Blockbauweise wird der Boden selbstverständlich unvergleichlich besser ausgenutzt und damit der Kapitalaufwand für die Geländebeschaffung herabgedrückt, was namentlich in Zeiten starker Anspannung am Kapitalmarkt nicht ohne Bedeutung ist. Soll sich der Vorzug der Blockbauweise voll auswirken, so ist allerdings nötig, daß dem Bodenwucher vorgebeugt wird. Dies geschieht am besten durch eine planmäßige Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden, wie sie in steigendem Umfange bereits geübt wird und durch eine jezt in Bearbeitung befindliches Baulandgesetz zur Pflicht gemacht werden soll. In welchem Maße der Wohnblock im vergangenen Jahr an Boden gewonnen hat, geht daraus hervor, daß die Zahl der Wohngebäude um fast ebensoviel zurückgegangen ist (von 137 306 im Jahre 1928 auf 130 793 im Jahre 1929), wie die der Wohnungsfertigstellungen gestiegen ist. Noch stärker als die Wohnhäuser gingen die

Kleinhäuser zurück. 1928 wurden noch 114 000 errichtet, im vorigen Jahr nur 104 658.

Diese Entwicklung verläuft in den Orten der einzelnen Größenklassen genau so wie im ganzen Reich; in den Landgemeinden steigt die Befestigung der Wohngebäude mit Wohnungen nicht anders als in den Großstädten, und in beiden geht der Anteil der Kleinhäuser an den Wohngebäuden ständig zurück. Daß dabei die Größe der Wohngebäude Jahr für Jahr in den Großstädten umfangreicher ist als in den Mittelfstädten, in diesen wieder größer als in den Kleinstädten usw., und daß umgekehrt der Anteil der Kleinhäuser auf dem flachen Lande größer ist als in den Kleinstädten, in den Kleinstädten wieder größer als in den Mittelfstädten usw. usw., ist ohne weiteres verständlich.

Schon in früheren Jahren hat sich der Wohnungsbau mehr und mehr auf die größeren Städte konzentriert. Diese Entwicklung hat im vergangenen Jahre weitere Fortschritte gemacht. Während in früheren Jahren fast alle Ortsgrößenklassen größere Zugänge als im jeweils vorhergehenden Jahre aufzuweisen hatten, war dies im vorigen Jahr nur bei den Groß- und Mittelfstädten der Fall; in allen anderen Ortsgrößenklassen erreichte der Wohnungsbau nicht einmal den Stand des Jahres 1928. Damit hat sich bestätigt, was wir an dieser Stelle schon vor mehr als einem halben Jahr sagten; uns war schon damals klar, daß die aus der Monatsstatistik des Statistischen Reichsamtes zu ersehende Verstärkung des Wohnungsbaues in den Groß- und Mittelfstädten unmöglich eine Allgemeinercheinung sein könne. Das Institut für Konjunkturforschung hat sich unserer Auffassung denn auch sehr bald angeschlossen.

Unter den Bauauftraggebern standen auch im vergangenen Jahre die Privatleute immer noch an erster Stelle, doch haben sie weiter verloren. Die Zahl der von ihnen gebauten Wohnungen ging nicht nur verhältnismäßig, sondern auch absolut zurück; 1928 bauten sie noch mit 180 900 59,6 % aller Wohnungen, im vergangenen Jahr mit 173 139 nur noch 55,5 %. Wehnlich steht es bei den öffentlichen Körperschaften und Behörden; doch ist hier der Rückgang weniger erheblich; er beträgt nur etwa 1500 gegen 1928. Im vergangenen Jahr wurden von den öffentlichen Körperschaften und Behörden mit etwas mehr als 30 000 Wohnungen 9,6 % des gesamten Wohnungsbaues bewältigt. Der Gewinner war in beiden Fällen der gemeinnützige Wohnungsbau. Er vermochte seinen Anteil von 30 % auf 34,9 % zu steigern; 1928 entfielen auf ihn nur knapp 91 000 Wohnungen, im vergangenen Jahr mehr als 109 000.

Das stärkste Befestigungsfeld findet der gemeinnützige Wohnungsbau nach wie vor in den Großstädten, während die Privatleute die kleineren Orte bevorzugen. Im allgemeinen ist der gemeinnützige Bau um so stärker vertreten, je größer ein Ort ist, der private, je kleiner er ist. Beim gemeinnützigen Bau sinkt der Anteil von 52,3 % in den Großstädten, auf 9,4 % in den Landgemeinden; der Anteil des privaten Baues sinkt umgekehrt von 83,9 % in den Landgemeinden auf 40,3 % in den Großstädten.

Verbandsstag der englischen Bauarbeiter.

Der englische Bauarbeiterverband (National Federation of Building Trades Operatives) hielt vom 17. bis 20. Juni in Whitby bei Newcastle on Tyne seinen 13. ordentlichen Verbandsstag ab. Der Verband umfaßt sämtliche Gruppen von Bauarbeitern, aber die einzelnen Verbände sind im Rahmen des englischen Bauarbeiterverbandes selbständige Organisationen. Der Umfang erstreckt sich unter anderem sowohl auf die Eisenkonstruktionsarbeiter als auch auf die Gemeinde- und die Transportarbeiter, soweit sie für das Baugewerbe tätig sind. — Der Vorsitzende des Verbandes, Kamerad Barron, ist Holzarbeiter, ihm steht als zweiter Vorsitzender ein Bauhilfsarbeiter zur Seite; der Generalsekretär, Kamerad Coppock, ist Maurer. Die Hauptberufe vom Bau sind in einem dem Vorstande beigegebenen Beirat vertreten. Der Verbandsstag war besucht von 80 Delegierten. Kollege Käppler vertrat die Bauarbeiter-Internationale, die Kollegen Peters und Scheibel den Deutschen Bauwerkern. Als Ueberseher wirkte Kollege Pifternik. — Die Beforderung englischer Volksart zeigte sich auf dem Verbandsstag in der überlegenen Ruhe und in dem Selbstbewußtsein, mit denen in allen Situationen gearbeitet wurde.

Der Vorsitzende, Kamerad Barron, gab einleitend den Rechenschaftsbericht, der, wie auch die übrigen Hauptberichte, schriftlich vorlag und verlesen wurde. Dem Bericht entnehmen wir, die englische Bauwirtschaft steht, wie viele andere Industrien, unter einem gewissen Druck. Während des letzten Jahres bewegte sich die Zahl der Arbeitslosen zwischen 100 000 und 150 000. Zurzeit beträgt sie 120 000, und das in einer Jahreszeit, die als die beste des ganzen Sommers anzusprechen ist! Man könnte sich damit trösten, daß ein ähnliches Verhältnis auch in den anderen Industrien festzustellen ist; aber die Ironie liegt darin, daß gerade für das Produkt unserer Arbeit — sozial wie auch wirtschaftlich gesehen — die größte Nachfrage herrscht. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben wir trotz der schweren Krise stabil halten können. Die Frage der Rationalisierung spielt auch im Baugewerbe eine große Rolle. Wenn wir uns fragen, ob wir daran interessiert sind, dann dürfen wir das nicht verneinen, denn wir haben ein Interesse an der Senkung der Baukosten, ebenso wie wir ein Interesse an einer Steigerung der Produktion haben. Aber wir haben kein Interesse daran, daß die Menschen durch die Maschine verdrängt werden. Das Vordringen der Maschine wirkt sich auch in unserem Lande unökonomisch aus, denn die Arbeit, für die früher drei Leute benötigt wurden, wird heute von einem Mann gemacht. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe für die verantwortlichen Regierungsleute, Schwierigkeiten zu vermeiden. Schließlich ist es uns auch nicht einerlei, an Stelle von fünf Arbeitern, die verhältnismäßig gut leben, jetzt drei Arbeiter zu sehen, die unter leidlichen Arbeitsbedingungen tätig sind. Der Frage der Arbeitszeit ist daher auch aus diesem Grund erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Arbeitszeit muß aus physischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen gekürzt werden. Hierbei spielt die Frage des Schutzes der Arbeiter an Leben und Gesundheit eine ausgiebige Rolle. — Auf die Frage der Wohnungswirtschaft übergehend bemerkt Barron, daß seit Beendigung des Krieges 1 1/2 Millionen Wohnungen gebaut worden sind. Damit ist man aber nicht den Forderungen der Armen entgegengekommen. Wenn auch die Elendsviertel der Städte abgerissen werden und verlurcht wird, gesunde Wohnungen zu schaffen, so darf man nicht das Landgebiet vergessen, wo dieselben Zustände

herrschen. In diesem großen Lande, das Herz des größten Kaiserreichs der Welt, wird Tausenden von Kindern das Geburtsrecht genommen, weil nicht die einfachsten gesundheitlichen Voraussetzungen für ihr Leben gegeben sind. Von einer glücklichen Kindheit ganz abgesehen. Schon vor 100 Jahren sagte Charles Kingsley: „Sie sind verdammt, bevor sie geboren wurden.“ Man soll sein Land nicht misachten; es aber auch nicht loben, nur um es zu loben. Wir hätten übergenügend Arbeitsmöglichkeit, wenn die einfachsten Ansprüche an Wohnungsbedarf gedeckt werden sollen. Wir hätten soviel Arbeit, daß die 150 000 Arbeitslosen im Baugewerbe nicht genügen würden, um die Arbeit zu leisten. — Große Aufgaben stehen uns bevor. Es ist daher an der Zeit, daß wir die Gliederung unserer Organisation einer erneuten Prüfung unterziehen. Wir müssen eine Form der Verschmelzung finden, in der sich jeder wohlfühlt, in der auch jeder willkommen ist; aber wir sollen uns auch nicht verschließen vor der Gefahr, die austauschen kann, wenn irgendwelche Sekten oder Eingänge meinen, unsere Organisation für ihre Zwecke als Spielball benutzen zu können. Wir werden den Weg des Zusammenschlusses nur schrittweise gehen; es ist der einzigste Weg, um unsere Ideale einer besseren Zukunft durchzuführen zu können. Unsere Hoffnung für die Zukunft liegt in der Freiheit und im Recht des einzelnen Mannes; sie baut sich auf auf dem guten Willen und der ganzen Hingabe an die Sache. Schon vor 10 Jahren wurde auf die Möglichkeit dieses Weges hingewiesen. Vor 10 Jahren waren wir aber noch nicht reif für einen Wechsel im Aufbau, in der Struktur unserer Organisation. Sind wir heute reifer? Es wäre müßig, so zu fragen. Aber schließlich sollen wir nie unsere Ideale vergeßen. Wir müssen unsere ganze Arbeit vorbereiten, um unsere Ideale verwirklichen zu können. Wir werden daher unsere traditionellen Methoden und unser traditionelles Denken ändern müssen.

Anschließend legte Kamerad G. Hicks, Vorsitzender des Maurerverbandes, eine umfangreiche Entschließung zur Frage der Auswirkungen der Rationalisierung vor, in der vier Forderungen aufgestellt wurden: a) Die 40-Stunden-Woche ohne Kürzung des Wochenlohnes; b) Mindestferien von zwei Wochen bei voller Bezahlung; c) Das Höchstaalter der Beschäftigten ist auf 60 Jahre festzusetzen und den Pensionierten die Möglichkeit zu geben, anständig leben zu können und d) das Alter für die in das Baugewerbe Eintretenden darf nicht unter 15 Jahre sein. — Schließlich wurde noch auf die Notwendigkeit eines Bauprogramms auf lange Sicht verwiesen, um eine natürliche Entwicklung des Arbeitsmarktes zu ermöglichen. — Die Entschließung wurde lebhaft besprochen. Eine große Anzahl Redner waren zunächst nicht einverstanden. Nachdem aber Coppock und Hicks noch einmal die Forderungen begründet hatten, wurde die Entschließung einstimmig angenommen. — Kamerad Coppock äußert sich in diesem Zusammenhang in längeren Ausführungen über die Rationalisierung im Baugewerbe. Ausgehend von den allgemeinen Grundfragen der völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, dabei das Problem der Arbeitslosigkeit besonders streifend, begründet Coppock die Voraussetzungen, unter denen die Bauarbeiter Englands dies wichtige Problem betrachten. Er besonderte dabei, die Rationalisierung dürfe niemals soweit durchgeführt werden, daß der Arbeitsmarkt in einer für die Allgemeinheit ungünstigen Weise beeinflusst wird, und schloß mit den Worten, „diese Generation könnte fast als der Sklave der Maschine angesehen werden. Sogar Frauen und Kinder unterliegen dem großen neuen Moloch Maschine. Nur in einem sozialistischen Staat wird die Rationalisierung keine Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, weil dann keine Gelegenheit für Profitmacherei oder ähnliche Erscheinungen gegeben sei. Die Industrie muß Dienst am Volke sein. Das Problem der Rationalisierung der Bauarbeit ist ebenso wichtig wie bei den übrigen Berufen und in jedem Lande der Welt. Bevor aber eine Sonderaktion unternommen werden kann, die sich gegen menschenunwürdige Auswirkungen der Rationalisierung wendet, müssen sich die Arbeiter wirtschaftlich und politisch organisieren und offen und ehrlich ihre Interessen und ihre Rechte vertreten, um mit ganzer Kraft ihre Ideale zur Durchführung bringen zu können.“

In einem besonderen Schreiben an die Delegierten machte Coppock noch Mitteilung von den Verhandlungen mit den Regierungsstellen um die Bezahlung der durch Regen verlorenen Arbeitsstunden. Arbeiter und Unternehmer waren in dieser Frage gemeinsam vorstellig geworden, um die durch Regen eingebüßte Arbeitszeit als eine für die Arbeitslosenunterstützung anrechnungsfähige Arbeitslosigkeit gelten zu lassen, für die die staatliche Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden sollte. Diese Vorschläge fanden aber im Ministerium keine Zustimmung. Das Ministerium stellte die Frage, welche Möglichkeiten beständen, um in der Bauindustrie die durch Regen und sonstige Witterungseinflüsse verlorene Zeit festzustellen und wie das Geld hierfür aufgebracht werden soll. Das Komitee empfahl die Einführung einer besonderen Beitragsmarke für die Bauarbeiter; die durch Witterungseinflüsse verlorene Zeit soll durch Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter bescheinigt werden. Eine weitere Frage wäre, ob Arbeiter- und Unternehmerorganisationen für die Gesamtheit der Bauarbeiter als Vertreter auftreten könnten, da doch eine Anzahl Arbeiter und Unternehmer noch unorganisiert seien. Weiter tauchten die Fragen auf: Was ist schlechtes Wetter? Für wie lange Zeit soll gezahlt werden? — Der Verband will versuchen, als Unterlage für einen besonderen Vertrag festzustellen, wie das Beschäftigungsverhältnis der Bauarbeiter bei organisierten Unternehmern ist. Die Schwierigkeit des Problems bedingt darum besondere Vorsicht, weil es hinsichtlich des besonderen Beitrages für den Bezug von Unterstützung für den durch Witterungseinflüsse entgangenen Arbeitsverdienst, noch nicht genügend diskutiert ist.

Sehr umfangreich war die Aussprache über den vorliegenden Satzungsentwurf für die Verschmelzung. Auch hierüber lag ein Bericht schriftlich vor. Die Frage der Verschmelzung spielte auf den letzten Verbandstagen des englischen Bauarbeiterverbandes immer eine große Rolle. Zunächst war der Widerstand auf diesem Verbandstag sogar ergab sich für den Entwurf auf diesem Verbandstag sogar Einstimmigkeit. Die Änderungen, die vom Komitee vorgeschlagen wurden, hieß der Verbandstag gut, so daß nach unseren Begriffen mit der Annahme der Satzung eigentlich auch die Verschmelzung beschlossen sein müßte. Jedoch unter englischen Verhältnissen ist dem nicht so. Obgleich der Verbandstag „ja“ gesagt hat, können einzelne Verbände „nein“ sagen und damit die Frage erneut hinauschieben.

Unsere Juli-Statistik.

Die Arbeitsgelegenheit ist schlecht, aber gerade deshalb muß unsere diesjährige, in der Woche vom 21. bis zum 26. Juli, vorzunehmende Zählung ganz besonders gewissenhaft durchgeführt werden. Die Erhebung stellt im allgemeinen die gleichen Fragen wie in den früheren Jahren. Die Erläuterung auf der ersten Seite des Zählbogens gibt darüber im einzelnen Aufschluß. Für jede Arbeitsstelle, für jeden Unternehmer oder für jede Firma ist ein Fragebogen gewissenhaft auszufüllen. Zunächst ist der Name der Firma, die Art des Betriebes, der Ort der Arbeitsstelle usw. einzutragen, dann folgt die Dauer der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, wobei etwaige in der Berichtswoche geleisteten Ueberstunden und sonstige Mehrarbeit unberücksichtigt bleiben.

Das Hauptstück der Statistik ist die Zählung der beschäftigten Fach- und Hilfsarbeiter, der erwachsenen wie auch der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Sie soll ergeben, ob und wo sie organisiert sind, wieviel Kollegen unserer Organisation noch fernstehen. Die damit verbundene Frage nach der tariflichen und nach etwaiger über- oder untertariflicher Entlohnung ist diesmal um die Frage erweitert, wieweil die unter Tariflohn arbeitenden Kollegen weniger als den Tariflohn für die Stunde erhalten. Diese Feststellungen erfordern große Gewissenhaftigkeit, denn das Ergebnis soll den Baugewerkschaftsvorstand erkennen lassen, wie der Tarifvertrag in dieser schlechten Zeit durchgeführt wird und wie etwaigen Tarifunterbietungen zu begegnen ist. In dem folgenden Abschnitt sind die im Organisationsbereich des Baugewerksbundes beschäftigten Mitglieder anderer, dem IGB oder dem IFA-Bund angehörender Gewerkschaften anzugeben, dabei ist jeweils die Gewerkschaft anzugeben, in der diese Mitglieder organisiert sind sowie die Anzahl der länger als drei Monate im Baugewerbe tätigen Mitglieder dieser Verbände. Dann folgt eine Frage nach den im Baugewerkschaftsgebiet beschäftigten auswärtigen Bauarbeitern, die nur wöchentlich oder seltener nach ihrem Wohnort, zu ihren Familien, zurückkehren. Diese Frage soll also auf jeder Bau- oder Arbeitsstelle genau ermitteln, wieweil die dort beschäftigten und nicht im Gebiete der Baugewerkschaft ansässigen Kollegen nur wöchentlich oder seltener nach Hause fahren. Die Beantwortung dieser Frage darf nicht übersehen werden. Den Schluß bildet eine weitere, diesmal neu aufgenommene und sehr wichtige Fragegruppe nach der Betriebsvertretung. Vor allem handelt es sich darum, einen sicheren Ueberblick zu gewinnen einmal darüber, wie unsere Kollegen ihr tarifvertragliches und gesetzliches Recht ausüben, im Betriebe mitzubestimmen, und dann sollen diese Fragen Aufschluß geben über die Anzahl der in der Berichtswoche amtierenden Baudelegierten und sonstigen baubaugewerkschaftlichen Betriebsvertretern.

Den Baugewerkschaftsvorständen sind die Zählbogen in diesen Tagen zugestellt worden. Den Bau-delegierten und Fachgruppenobmännern fällt die wichtige Aufgabe zu, gemeinsam mit ihrem Baugewerkschaftsvorstand dafür zu sorgen, daß die Juli-Statistik auch diesmal wieder gewissenhaft durchgeführt wird. Kein Bau und keine baubaugewerbliche Arbeitsstelle darf übergangen werden, und sei sie noch so klein und noch so weit abgelegen. Die Bundesmitglieder müssen sich ihrem Baugewerkschaftsvorstand zur Verfügung stellen, damit es in der Zählwoche nicht an Helfern fehlt. Jeder Kollege, der das Glück hat, in Arbeit zu stehen, muß sich darum kümmern, ob die Zählung in der Woche vom 21. bis zum 26. Juli auf seiner Arbeitsstelle durchgeführt wird. Wo Zählbogen fehlen, fordern unsere Kollegen sie von ihrem Baugewerkschaftsvorstand an. Am 26. Juli muß die Zählung überall durchgeführt sein. Die ausgefüllten Zählbogen sind dann sofort dem Baugewerkschaftsvorstand zuzustellen.

Bundesmitglieder, sorgt nach besten Kräften für ein vollständiges Ergebnis unserer diesjährigen Juli-Statistik!

Die weitere Behandlung der Verschmelzungsfrage ist deshalb einer Konferenz vorbehalten, die sich aus dem Vorstand und den Vertretern der Berufsverbände zusammensetzt. — Als Grundlage für den Satzungsentwurf dient unsere deutsche Bundesstatistik, natürlich in wesentlicher anderer Form und eingeschränkt. Wahrscheinlich sind die Voraussetzungen für einen solchen Zusammenschluß, wie wir ihn in Deutschland kennen, noch nicht gegeben. Aber wie Kamerad Barron in seinem Rechenschaftsbericht zum Schluß sagte, wird die Zeit auch dafür arbeiten. — Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und, mit geringen Änderungen in der Stimmenzahl, auch der bisherige Vorstand. Kamerad Barron wurde — lebhaft begrüßt — einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Der Verlauf des Verbandstages zeigte besonders am Schluß die Einmütigkeit aller im englischen Bauarbeiterverband zusammengeschlossenen Verbände. Die Einmütigkeit ist nicht von selbst gekommen, ihr sind schwere Kämpfe vorausgegangen. Nachdem aber die Kämpfe durch bessere Einsicht überwunden worden sind, wird sich der Geist des Zusammengehörigkeitsbewußtseins auch im englischen Bauarbeiterlager immer mehr Bahn brechen. Mit dem Gesang eines Liedes, das den Sinn der Gemeinschaft verherrlicht, wurde der Verbandstag geschlossen.

Hugo Schelbel.

Ein Werk gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Zusammenarbeit.

Jahresabschluss der Volksfürsorge.

Die „Volksfürsorge“ hatte Ende vorigen Jahres einen Bestand von 1 918 207 Volks- und Lebensversicherungen mit rund 783 Millionen Reichsmark Gesamtversicherungssumme. Von den am Jahresluß insgesamt in Deutschland laufenden 11 bis 12 Millionen Volks- und Lebensversicherungen zählte also ein Sechstel allein zum Bestande

der Volksfürsorge. Dabei muß man berücksichtigen, daß rund 80 private und öffentlich-rechtliche Lebensversicherungs-betriebe — von kleineren unbedeutenden „Versicherungseinrichtungen“ abgesehen — in Deutschland konkurrieren. Schon diese Tatsache zeigt, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen eine hervorragende Stellung in der deutschen Lebensversicherung einnimmt. Wohl beeinträchtigt die ungeheure Wirtschaftskrise auch die weitere Entwicklung der Volksfürsorge; aber die Hoffnung ist berechtigt, daß trotz der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt hunderttausende neuer Versicherungen auch in diesem Jahre abgeschlossen werden.

Mit der Gesamtversicherungssumme von fast 800 Millionen Reichsmark stand die Volksfürsorge Ende 1929, obwohl hauptsächlich die kleine Lebensversicherung mit niedrigen Versicherungssummen betreibend, unter allen deutschen Lebensversicherungsunternehmen an dritter Stelle. Vor der Volksfürsorge stehen hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme nur der Allianz-Konzern, der zahlreiche, früher selbständig gewesene Versicherungsbetriebe aufnahm, und die bald acht Jahrzehnte alte Viktoria.

Das Jahr 1929 brachte der Volksfürsorge 580 638 Versicherungsanträge. An Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen ergaben sich 45,8 Millionen Reichsmark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich auf 2,9 Millionen Reichsmark; bis jetzt seit November 1923 (Beendigung der Inflation) sind rund 10 Millionen Reichsmark ausgezahlt. 8 360 Sterbefälle wurden im vorigen Jahre reguliert. An der Spitze stehen mit 949 Fällen die Infektionskrankheiten, dann folgen mit 907 Fällen die Unfälle; Krebs kam in 670 Fällen als Todesursache vor, Selbstmord in 372 Fällen, Entbindungen und Wochenbett-krankheiten in 187 Fällen, Tuberkulose (ohne Lungentuberkulose) in 112 Fällen. — Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1929 weist einen Ueberchuß von nahezu 9,9 Millionen Reichsmark aus, der auf Beschluß der Generalversammlung wie folgt verteilt wurde: Je 5 %, das ist ein Betrag von je 494 000 M., zusammen rund 1 484 000 M nach § 39 des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlichen Reservefonds, dem Kriegeservefonds und dem Fonds besonderer Reserven. Weitere 50 000 M dienen der Verzinsung des von den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebrachtten Aktienkapitals. Den Aktionären der Volksfürsorge fließen also keine Aktionärsdividenden zu. Den mit Gewinnanteil Versicherten der Volks- und Lebensversicherung werden unter Hinzunahme der 1928 verrechneten, wegen Ausscheidens der Versicherten aber nicht gutgeschriebenen Gewinnanteile insgesamt rund 8,4 Millionen Reichsmark als Gewinnanteile gewährt. Das entspricht: 30 % der gewinnberechtigten Jahresprämie der Volks- und 35 % der gewinnberechtigten Jahresprämie der Lebensversicherung. Die Gewinnanteile werden verzinst. Der Zinsfuß für die gutgeschriebenen Gewinnanteile ist für das im Jahr 1929 beginnende Versicherungsjahr auf 7 % festgesetzt worden und bei Fälligkeit der Versicherungssumme wird durch diese jährlich angefallenen und verzinsten Gewinnanteile beträchtlich erhöht. Rund 20 Millionen Reichsmark machen bereits die den Versicherten der Volksfürsorge zuzuführenden Gewinnanteile und Zinsen aus. Der Grundsatz „Alle Gewinnanteile den Versicherten!“ kommt also bei der Volksfürsorge praktisch zur Durchführung.

Aus der Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1929, die in Aktiva und Passiva mit je 94,7 Millionen Reichsmark abschließt, seien noch folgende Posten angeführt: Aktiva: Grundbesitz 2,1 Millionen Reichsmark, Hypotheken und Grundschuldforderungen 49,2 Millionen Reichsmark, Schuldverpflichtungen gegen öffentliche Körperschaften 22,6 Millionen Reichsmark, Wertpapiere 7,1 Millionen Reichsmark, Guthaben bei Bankhäusern (Bankabteilung der GGB-Hamburg, Arbeiterbank-Berlin, Arbeiterbank-Filiale Hamburg) 6,6 Millionen Reichsmark. Das Vermögen beläuft sich am Jahresluß auf rund 88 Millionen Reichsmark. Passiva: Aktienkapital 2,5 Millionen Reichsmark (davon eingezahlt 1 Million Reichsmark), Prämienreserven 63,4 Millionen Reichsmark, Gewinn 9,9 Millionen Reichsmark.

Die Volksfürsorge ist als Unternehmen der Arbeiterschaft an deren Wohlergehen nicht nur menschlich, sondern auch wirtschaftlich stark interessiert. Geht es der Arbeiterschaft gut, dann finden die Vertrauenspersonen der „Volksfürsorge“ auf den Werbegängen bei den Leuten ein willigeres Ohr. Die „Volksfürsorge“, Ende 1912 gegründet, hat die Kriegs- und Inflationszeit verhältnismäßig gut überstanden; sie entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem bedeutenden und anerkannten Versicherungsunternehmen, dem von den Gewerkschaften und Genossenschaften zwei Hauptaufgaben gestellt wurden, die sie in vorbildlicher Weise löste. Allen Volksgenossen und -genossen eine gute und billige Lebensversicherung zu bieten und als wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Selbsthilfe zu dienen.

Mögen bald die Anzeichen einer Besserung auf dem Arbeitsmarkt kommen; dann werden auch viele Arbeiter, denen es jetzt verlagert ist, den Weg zur Volksfürsorge, die gegenwärtig 2 Millionen Polizen hat, finden. In der Volksfürsorge hat sich die deutsche Arbeiterschaft ein Werk geschaffen, das zu gewaltigen Leistungen berufen ist.

Schafft Arbeit!

Ein Tag wie der andere vergeht. Jeden Tag erschallt der Ruf, schaff Arbeit. Not und Elend sind groß. Die Empörung steigert sich von Tag zu Tag und wird noch größere Formen annehmen, wenn nicht die Regierung bald versucht, den Baumarkt zu beleben. — Die Möglichkeit, durch eine zweiseitige Beschäftigung die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung zu erwerben, war schon 1929 für die Bauarbeiter nur in geringem Maße vorhanden. Dies Jahr ist es noch viel weniger möglich. Denn trotz der vorgerückten Jahreszeit können fast 50 % der Bauarbeiter keine Arbeit erhalten. Zum großen Teil sind die Bauarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen und fallen den Gemeinden zur Last. Andere erhalten gar nichts, weil die Frau etwas verdient. — Die ungeheure Belastung der Gemeinden hat zur Folge, daß Gas und Wasser verteuert werden. Die Erhöhungen sind aber für die Arbeiter unerträglich und können auf die Dauer nicht getragen werden. Konflikte sind daher unausbleiblich. Der Kampf um die Ausdehnung der Krisenfürsorge

auf das Baugewerbe geht schon über ein Jahr. Bisher waren alle Anstrengungen ohne Erfolg. Unsere Bundesleitung forderte wiederholt, so auch jetzt wieder die Aufnahme der arbeitslosen Bauarbeiter in die Krisenfürsorge. Hoffentlich ist der Kampf von Erfolg. Ungeheuer wirkt sich die langanhaltende Arbeitslosigkeit geistig und moralisch bei den Arbeitern aus. Schon am frühen Morgen bewegen sich die Massen von Sorge und Gram gebeugt nach dem Arbeitsamt in der Hoffnung, doch noch einmal Arbeit zu erhalten. Sie wissen nicht mehr, wie sie sich und ihre Familien ernähren sollen. An Aufwendungen für Kleidung ist gar nicht zu denken. Die Familien werden wirtschaftlich ruiniert. Immer wieder aber wird ihre Hoffnung, Arbeit zu erhalten, zerstört. Enttäuscht und verzweifelt kehren sie dem Arbeitsamt den Rücken. Möge die Regierung die Gefahr erkennen und unverzüglich Maßnahmen zur Linderung der Not ergreifen, ehe es zu spät ist. Die Schuld für etwaige Revolten trägt die Regierung.

Albert Reuter, Plauen i. B.

Gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung!

Der Vorstand des DGB hat einmütig folgende Entschließung gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf zur "Reform der Krankenversicherung" angenommen:

Die Reichsregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt, der den unterschiedlichen Widerstand aller Beteiligten, an der Krankenversicherung positiv interessierten Kreise hervorrufen muß. Gegen die klar geäußerte Absicht der Regierung, mit diesem Entwurf nicht etwa dem sozialen Fortschritt und den Interessen der Versicherten dienen zu wollen, sondern durch einen Abbau der Leistungen jährlich den Betrag von 300 bis 400 Millionen Reichsmark zu ersparen, legt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den schärfsten Protest ein. Er weist mit Nachdruck auf die ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit hin, die sich insbesondere aus der finanziellen Belastung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Ärzten und Medikamenten ergeben würden. In der durch Einschaltung der Arbeitgeber und der Versicherungsbehörden erschwerten Beitragsfestsetzung erblickt der Bundesvorstand den planmäßigen Versuch, die Rechte des Versicherten in den Krankenkassen zu beschränken und den Ausbau der Leistungen zu verhindern. Die Vorschläge zur Neuorganisation des kassenärztlichen Systems und zur Bekämpfung der Zersplitterung in den Krankenkassen müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden. Ziel einer von sozialpolitischen Grundsätzen ausgehenden Reform der Krankenversicherung muß eine Ausdehnung des Versicherungskreises, eine Lösung der Arztfrage durch Gewährung stärkerer Kontrollrechte an die Krankenkassen und eine durchgreifende Reform der Organisation durch Befreiung aller Sonderkassen und Zweigkassen sein. Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewillt sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmerkraft zu dienen, daß sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzes mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Der weibliche Anteil am Volkseinkommen.

Die Frauarbeit ist weit verbreitet. Von 21 Millionen Arbeitern und Angestellten entfallen auf das weibliche Geschlecht 29 %. Nimmt man die Gesamtheit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, so machen die Frauen ungefähr ein Viertel aller Beschäftigten aus. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt rund 46 Milliarden. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte beläuft sich aber nur auf 8,6 Milliarden oder auf 18 %. Wenn also die Frauen den vierten Teil sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger stellen, so beträgt ihr Anteil an den Gesamteinkommen noch nicht einmal ein Fünftel. Das Gesamteinkommen der weiblichen Angestellten, deren Zahl rund 1,2 Millionen beträgt, wird auf 1,7 Milliarden geschätzt. Das ergibt je Kopf ein Einkommen von 1417 M jährlich oder 118 M im Durchschnitt je Monat. Man sieht hieraus, wie verhältnismäßig niedrig die weiblichen Angestellten entlohnt werden. Die Frage Männer- und Frauenlöhne ist schon des öfteren behandelt worden. Allgemein geht die Ansicht dahin, daß die Frauarbeit geringer zu entlohnen sei als die gleiche Leistung der Männer. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gewährt wird. Sie haben sich bisher nur zum Teil durchsetzen können. Der Fluch von der Minderwertigkeit der Frau als Arbeits-

kraft ist noch viel zu verwurzelt, als daß hier so rasch eine Aenderung geschaffen werden könnte. Gewiß ist richtig, daß ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen den jüngeren Altersstufen angehört. Dadurch wird aber der große Unterschied zwischen dem Einkommen der Männer und der Frauen nicht erklärt. — Erklärlicher ist der Minderverdienst der Frau dadurch, daß der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten unter den Frauen wesentlich geringer ist als bei ihren männlichen Kollegen. Selbst im Zeitalter der Zwangsarbeitsverträge ist es den Gewerkschaften unmöglich, das Wünschenwerte für die Frauen zu erreichen, wenn der größte Teil jeder gewerkschaftlichen Aktivität abhold ist. Wenn dies einmal anders wird, wird auch mehr für die Frauen getan werden können. Das müssen die weiblichen Arbeiter und Angestellten in Rechnung stellen!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist die Firma Paul Kayser in Gosek, Baugewerkschaft Weisensefeld, wegen untertariflicher Bezahlung; ferner das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Gesehbach, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger. In Rheinland-Westfalen haben die Unternehmer ausgeperrt. In Solingen sind die Fliesengeschäfte Emil Buchmann und Joseph Montz gesperrt.

Löcherer: Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Burg bei Magdeburg Ublemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Jollweger & Sohn wegen Nichtzahlens des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Straßburg i. U. die Ofenfirmen Kleinschmidt wegen Nichtzahlens der Tariflöhne, in Jett die Ofenfirmen Gustav Neumann, Gustav Hörnick und Emil Böhme.

Aus der Sozialgesetzgebung

Neuwahl der Gesellenausschüsse.

Mit der Anlegung der Handwerksrolle wird die Neuwahl der Handwerkskammern und der Innungsorgane in den nächsten Monaten zwingend, und auch die Gesellenausschüsse müssen infolgedessen neu gewählt werden. Inzwischen haben alle Innungen, die in die Handwerksrolle eingetragen und demzufolge innungspflichtig, wahlberechtigt und wählbar zur Handwerkskammer erklärt worden sind, eine entsprechende Mitteilung von der zuständigen Handwerkskammer erhalten. Auch wenn gegen die Eintragung Einspruch eingelegt ist, sei es von dem Unternehmer selbst oder von der Industrie- und Handelskammer, so bleibt es trotzdem bei der Eintragung, bis das Einspruchsverfahren abgeschlossen ist (Gesetz vom 1. März 1930, RGBl. S. 31). Alle männlichen und weiblichen volljährigen Gesellen (Gehilfen, auch Ausländer) haben mit Vollendung des 21. Lebensjahres am Wahltag das Wahlrecht für den Gesellenauschuß der Innung, wenn der Unternehmer, bei dem sie beschäftigt sind, in die Handwerksrolle eingetragen ist. Die ungelernen Arbeiter, Lehrlinge und Handlungsgehilfen haben also kein Wahlrecht und sind auch nicht wählbar für den Gesellenauschuß der Innung und der Handwerkskammer.

Wählbar zum Mitglied des Gesellenauschusses oder als Ersatzmann ist nur, wer die Gesellenprüfung abgelegt hat, wahlberechtigt und zum Amt eines Schöffen fähig ist (also auch Frauen). Die Befähigung zum Amt eines Schöffen haben nur Deutsche, die im Besitze der bürgerlichen Ehren-

rechte sind und nicht den Offenbarungszeit geleistet haben. Die Zahl der zu wählenden Mitglieder und Ersatzmänner bestimmt das Innungsstatut. Die Wahl selbst leitet ein Mitglied des Innungsvorstandes oder ein Vertreter der Aufsichtsbekörde. Kommt eine Wahl des Gesellenauschusses nicht zustande, so entfällt die Mitwirkung der Gesellen an der Innungsverwaltung. Die Mitglieder des Gesellenauschusses behalten ihr Mandat bis zum Ende der Wahlperiode, jedoch höchstens für ein Jahr, auch wenn sie nicht mehr bei Innungsmitgliedern beschäftigt werden, vorausgesetzt wird nur, daß sie im Bezirk der Innung verbleiben. Bisher erfolgt die Mitgliedschaft im Gesellenauschuß drei Monate nach Ablauf der Beschäftigung bei einem Innungsmitglied.

Das Musterstatut für freie und Zwangsinnungen sieht vor (allerdings nicht zwingend), daß aller zwei Jahre die Hälfte der Mitglieder und Ersatzmänner ausscheiden soll. Ueber die Berechnung der Fristen siehe §§ 187, 188 ZGB.

Die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter des Gesellenauschusses zur Handwerkskammer ist Pflichtaufgabe der Kammern. Sie regelt sich nach § 103 i der Gewerbeordnung und geschieht mittels schriftlicher Abstimmung durch die Gesellenauschüsse der Innungen, die im Kammerbezirk ihren Sitz haben. Die Gesellenauschüsse treten zu Wahlkörpern zusammen, und die Wahlleitung liegt bei der Aufsichtsbekörde der Kammer. Wählbar ist jeder wahlberechtigte Geselle, der ebenso wie bei Innungen nach §§ 31, 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen fähig ist. Gewählt wird stets für fünf Jahre. Jedem Gesellenauschuß steht eine Wahlstimme zu; das Wahlrecht wird von dem Vorsitzenden des Gesellenauschusses ausgeübt. Die Zahl der Mitglieder und Stellvertreter sowie die Verteilung auf die Gesellenauschüsse des Bezirks bestimmt das Statut der Kammer. Stellvertreter sind mindestens in der gleichen Zahl zu wählen, als ordentliche Mitglieder gewählt werden.

Wo also keine Handwerkskammern bestehen, wie im Freistaat Sachsen sowie in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck, muß erst durch Landesgesetze die Gesellen-(Gehilfen-) Vertretung geschaffen werden. Deshalb gilt die durch die Anlegung der Handwerksrolle notwendig werdende Neuwahl der Gesellenauschüsse der Innungen und Handwerkskammern nur für die Länder, in denen bereits Handwerkskammern vorgeschrieben sind. Es genügt auch nicht, etwa den entsprechenden den Landesgesetzen geschaffenen Arbeiterrat in Hamburg oder die Arbeiterkammer in Bremen mit den Aufgaben der gesetzlichen Gesellenvertretung zu beauftragen. Verhandlungen, die das Reich im Anschluß an die Schaffung der Handwerkskammern in dieser Angelegenheit mit den Ländern und den Hansestädten geführt hat, sind bisher noch zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Gesellenvertretungen mit demselben Zuständigkeitsgebiet auch in den erwähnten Ländern und Hansestädten durchgeführt werden.

Die Neuwahlen der Handwerkskammern sollen bis zum 1. November 1930 abgeschlossen sein. Kommt keine Wahl des Gesellenauschusses für die Handwerkskammer zustande, so ernannt in Preußen die Aufsichtsbekörde die Mitglieder selbst. Verweigern die Gewählten oder Ernannten fortgesetzt die Dienstleistung, so arbeitet die Kammer ohne Gesellenauschuß.

Der Gesellenauschuß bei der Handwerkskammer kann sich nach näherer Bestimmung des Statutes bis zu einem Fünftel seiner Mitgliederzahl durch Auswahl von sachverständigen Personen ergänzen und außerdem zu seinen Verhandlungen Sachverständige mit beratender Stimme hinzuziehen. Hier ist darauf zu achten, daß die Zahl der Gesellenauschusmitglieder nicht absichtlich allzusehr begrenzt wird. Die Auswahl und Heranziehung von Sachverständigen soll den Zweck haben, daß auch sachverständige Vertreter der Gewerkschaften gewählt und zu den Verhandlungen des Gesellenauschusses hinzugezogen werden können. Das Amt des Mitgliedes im Gesellenauschuß ist ein Ehrenamt, und es besteht infolgedessen die Pflicht zur Annahme der Wahl; dies gilt aber nicht für die zugewählten sachverständigen Personen. Ähnlich wie die Gesellenauschüsse in den Innungen, behalten die Ausschüsse der Kammern ihr Amt bis zum Ende der Wahlperiode, längstens für ein Jahr, auch wenn sie nicht mehr bei Innungsmitgliedern beschäftigt sind, solange sie im Bezirk der Kammer verbleiben und nicht selbständig einen Gewerbebetrieb beginnen. Entfallende Kosten der Gesellenauschüsse, auch für Sachverständige, gelten als Kosten der Innungen, gegebenenfalls der Kammern. Die Entschädigung für bare Auslagen (Reisekosten) und Zeitverläumnisse steht der Vorsitzende der Handwerkskammer fest.

Das Bauwerk

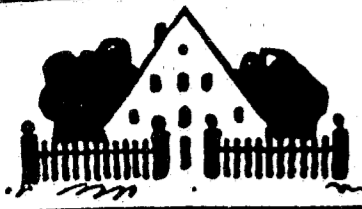
ist das fachwissenschaftliche Organ des Deutschen Baugewerksbundes.

Werbt eifrig Bezieher!

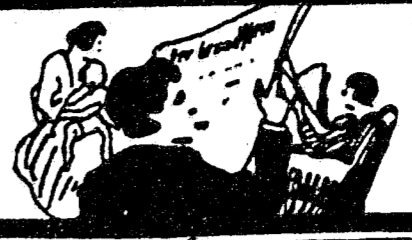
Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 23. Juni 1930.

In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Zahl der Baugewerkschaften		Mitgliederzahl am Wochenschluß	Arbeitslosigkeit																		vom Hundert der Mitgliederzahl												
	inagemnt	haben beauftragt		Mannner	Frauen u. Kinder	Maurer u. Helfer	Polster, Schachtmaler	Zement-Ischarbeiter	Zementarbeiter, Steiger, Bieger	Stuckputzer u. Gipsarbeiter	Glaser	Plenformer	Plenleger	Ischbrenner	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer	Ischputzer					
Königsberg	7	7	17363	3377	—	55	34	45	10	6	—	210	—	—	9	6	1	—	26	9	—	8	2826	17	956	28	—	15	2	75	—	7715	44,4	45,7
Danzig	1	1	3872	249	—	—	—	—	2	—	—	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	393	3	368	—	—	—	4	—	1053	27,2	26,6	
Stettin	61	61	16081	2490	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1579	—	619	—	—	—	82	—	5141	32,0	33,9	
Breslau	43	43	43182	9570	28	190	157	232	66	75	89	486	50	30	82	63	33	—	64	—	—	—	7232	72	1073	—	17	—	431	16	20056	46,4	47,8	
Berlin	60	60	56024	7690	15	84	248	186	805	323	78	711	2	1	26	7	46	—	—	—	—	—	7929	1	870	—	—	—	146	6	19781	35,3	34,1	
Magdeburg	42	42	29371	7013	6	27	28	35	26	78	30	123	9	—	12	7	46	—	—	—	—	—	2289	8	234	—	—	—	204	—	10189	34,7	35,0	
Erfurt	34	34	20526	6079	20	38	76	9	111	138	10	89	1	—	26	10	16	—	—	—	—	—	2742	—	154	—	15	—	189	1	9729	47,4	48,0	
Frankfurt	17	17	35629	7325	9	54	149	114	329	31	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6233	225	1543	40	—	—	307	—	16521	46,4	47,1	
Köln	12	12	20133	3361	33	61	223	276	927	18	—	15	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3527	229	1237	—	—	—	234	—	10389	51,6	51,3	
Dortmund	14	14	21451	3383	74	53	146	233	498	2	2	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2201	12	667	7	6	4	31	—	6909	23,3	23,8	
Hannover	39	39	29637	3673	4	12	37	75	51	2	1	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1850	4	785	—	—	—	62	—	5001	32,2	33,3	
Bremen	31	31	15531	2061	4	12	37	75	51	2	1	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2337	2	1956	1	—	—	20	3	9489	28,1	26,3	
Hamburg	53	53	33811	3636	2	19	186	450	225	143	11	173	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	802	—	237	—	—	—	27	—	2015	23,9	25,2	
Rostock	60	60	8447	891	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13693	2	833	—	—	—	6	553	29	31325	45,0	46,7
Dresden	32	32	69548	14354	17	125	243	129	174	261	141	513	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3241	10	183	22	—	—	100	—	6327	34,8	35,7	
Nürnberg	29	29	18163	2114	48	16	12	25	444	25	54	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3033	19	555	42	8	4	51	—	6527	40,3	37,3	
München	33	33	16183	2501	10	29	23	11	53	27	6	46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	982	52	464	5	2	—	26	—	3014	29,3	29,3	
Stuttgart	14	14	10290	866	4	6	30	12	522	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7924	48,4	47,8	
Karlsruhe	11	11	16375	3916	26	55	98	93	687	10	3	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	2261	172	324	20	17	—	—	—	7924	48,4	47,8
Zusammen	593	593	481622	85049	315	879	1722	2015	5055	1193	437	2685	120	74	222	717	670	129	605	806	35	45	69011	955	13804	167	48	52	16	2783	55	189664	39,38	—
Zuf. vorige Woche	593	593	481344	85374	308	944	1481	2067	5125	1332	369	2724	111	62	193	796	586	139	682	812	28	40	69385	1038	14096	173	44	119	19	2801	88	190936	—	39,67



Unterhaltung und Wissen



Das Forum wird zur — Schneiderwerkstatt.

Eine wahre Begebenheit.

„Herr Müller, Sie waren in dem Friseurgeschäft der Frau Schulze beschäftigt und klagen hier auf „Erteilung“ — so heißt es wenigstens im Schriftsatz — einer Hofe?“
Der Kläger, hübscher Bursche mit schmissiger Tolle, echter Berliner Junge: „Wenn's so drin steht, in dem Schriftsatz, denn wird es woll doch seine Richtigkeit ha'm.“
„Was heißt das? Wollen Sie hier um eine Hofe klagen oder?“

„Jawoll, hoher Gerichtsrat, det will ich, aba wat det mit de „Erteilung“ bedeitet, det weess ich nich. Det is woll so'n jehlehrta Fachausdruck — wa? Det ha'm die da unten (er meint die Abteilung, in der die Klagen aufgenommen werden. Anm. d. Ver.) gemacht. Un nu, wenn Se jeschaffen — wat nu die Hofe anjeht, die, wo ich hier valangen due — also die Hofe, die hat ma die Frau Schulze fest vasprochen jehabt, wo ich doch alle Sonntag mit a ausjejangen un imma for se betappen dat — na ja, Jott, ich bin ja Kawalier — wa?“

„Ja, Herr Müller, es ist ja möglich, daß Ihnen Ihre Chefin eine Hofe versprochen hat. Aber dafür ist das Arbeitsgericht nicht zuständig.“

„Wir brauchen auch“, wirft da die Beklagte, eine recht vollbüssige, wunderbar zurechtgemachte Chefin des Klägers ein, „wir brauchen auch kein Gericht. Ich will'n ja die Hofe jeben, aber —“

„Alba ne Hofe nach Maß valang ich — nich so'ne povelije, olle von de Schtange — mit sowat looft mein'n Vatan sein Sohn nich rum — vafehne.“

Die Zuhörer im Raum gehen mit behaglicher Heiterkeit die Szene, auch dem jungen Richter bereitet sie sichtlich Vergnügen, und so weist er denn auch die beiden nicht einfach wegen Unzuständigkeit (die ja tatsächlich hier gegeben wäre) ab, sondern er erklärt sich bereit, dem Mann durch einen Vergleich zu einer Hofe zu verhelfen.

„Ja, wenn Sie also dem Kläger freiwillig eine Hofe nach Maß geben wollen, so will ich gern einen Vergleich aufnehmen.“

„Wollen will ich schon. Alba, wenn Justav eine Hofe nach Maß ha'm will (die Frau spricht kein „reines“ Berlinisch), denn soll er mir 'n Metamaß jeben zum Messen des Kaffens. (Süddeutscher Ausdruck für die verlängerte Rückenlinie). Ich weiß ja gar nicht, wieviel Zentimeter —“

Der Kläger hört das, lächelt verächtlich und zieht zum Gaudium aller Anwesenden ein — Metermaß aus seiner Hosentasche, das er der Beklagten mit einer ironischen Verbeugung überreicht. Die Frau nimmt das Band und — das Forum wird zur Schneiderwerkstatt: seelenruhig will Frau Schulze dem Kläger Maß nehmen.

„Na, liebe Frau, das geht nun aber wirklich nicht“, verhindert das der Vorsitzende (unter erneuertem Gelächter im Zuschauerraum), „schließlich sind Sie hier doch vor Gericht und nicht in dem Geschäft eines Herrenschneiders. Wenn Sie dem Kläger durchaus Maß nehmen wollen, dann machen Sie das vielleicht draußen im Korridor.“

„Mir schnurz, wenn ich bloß meine Hofe —“ Und die beiden begeben sich tatsächlich nach draußen, kommen nach einer Weile wieder herein und — die „Erteilung“ der Hofe an Herrn Müller wird durch einen Vergleich „gerichtlich festgelegt.“

„Die Hofe“, meint scherzhaft der Vorsitzende, „haben Sie dem Kläger ja nun „erteilt“. Wollen Sie sich nicht vielleicht länger mit ihm ausöhnen und ihn wieder beschäftigen?“

Die Inhaberin des Friseursalons will, und Gustav will auch. Und also löst sich die heitere Szene in eitel Wohlgefallen auf. Er hat seine Hofe und Sie ihren schönen Gustav wieder. (B.-T.)

Zweikampf in Paris.

Novelle von Wilhelm Welsdin.

Edmonde Lary hatte zwei Liebhaber. Alle Welt wußte das. Nur die betroffenen Teile hatten keine Ahnung davon. Das klingt ganz lächerlich. Aber es ist wahr. Denn Edmonde Lary hatte, wie alle Frauen, die das Zeug zur großen Kokotte in sich haben, die geheimnisvolle Fähigkeit, die Männer stets eiferfüchtig zu machen und dabei doch in dem Glauben zu halten, daß sie die einzigen seien.



Als er Herrn Darieur in Edmondes Badeszimmer entdeckte, geriet sein blaues Blut jäh in Wallung.

Der eine war Darieur von der Comédie Francaise, ein wenn auch schon etwas melierter, so doch noch sehr gut erhaltener Heldendarsteller, der andere, der Graf von Bolignac, ein sehr junger Mann, jugendlich feurig, altmodisch edelmütig, der trotz guten Willens von einer gewissen ritterlichen Lebensauffassung nicht loskommen konnte.

Beide waren die besten Freunde. Man konnte sie täglich über die Boulevards schlendern sehen, einträchtig, Arm in Arm. Man lächelte hinter ihnen her. Sie merkten es nicht. Man pläfferte ihnen die Wahrheit ins Ohr. Sie wollten sie nicht glauben. Es war ein Meisterstück von Edmondes genialer Equilibristik.

Aber eines Tages konnte selbst Edmonde Lary die unausbleibliche Katastrophe nicht verhindern.

Es geschah, daß Bolignac, der seinen Aufenthalt in Deauville ganz unerwartet abgebrochen hatte, in einem Moment bei Edmonde erschien, den man durchaus nicht als passend bezeichnen kann.

Als der ritterliche junge Mann, der an diesem Abend einen seltsamen Spürsinn entwickelte, Herrn Darieur von der Comédie Francaise in Edmondes Badeszimmer entdeckte, geriet sein blaues Blut jäh in Wallung und er brüllte, sehr bleich, sehr aufrecht, eingedenk der Ehre seiner 33 Jhnen, dem schlatternden Herrn Darieur von der Comédie Francaise das Wort „Schurke“ ins Gesicht.

Herr Darieur, der auf der Bühne ein Held, im gewöhnlichen Leben aber ein jovialer und durchaus konzilianter alterer Herr war, benahm sich in dieser Situation, die für ihn nicht weniger überraschend und peinlich als für Bolignac war, eigentlich sehr vernünftig. Er unterdrückte seinen persönlichen Schmerz und fragte nur mit einem leisen Anflug von Zynismus: „Ausgerechnet — du?“

Was Bolignac mit einer Forderung beantwortete. Darieur hätte ihm wahrscheinlich daraufhin ins Gesicht gelacht, wenn Edmonde — vielleicht weil sie Bolignac versöhnen wollte — dem jungen Grafen nicht um den Hals gefallen wäre und ihm zugerufen hätte: „Du Ebler, behüte mich vor diesem Menschen!“

Das ist die Organisation!

Das ist die Organisation:
Sie kämpft gegen die lange Fron
Und für einen gerechten Lohn.
Und der Arbeit starker Sohn
Steht, spottend jedem verbissenen Droh'n
Und allem niedrigen Hohn
Treu zu seinem Hort, der Organisation.
Und sie erlöst ihn aus langer Fron
Und ihre Kraft schafft ihm den gerechten Lohn!
Schon leuchtet wie glühender Mohn
Froher Zukunft Licht! Und mit Donnerton
Erbraust es, allen Feinden zum Hohn:
Zur Freiheit, zur Sonne, durch die Organisation!
Taefs.

Es wurde vereinbart: 12 Schritte Distanz. Kugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit. Im Bois. Samstag früh. Sechs Uhr.

Freitag abend, acht Uhr, stellte Darieur den Grafen am Boulevard Hausmann. Er überschüttete den jungen Mann mit einem Wortschwall, aus dem dieser ungefähr folgendes entnehmen konnte: „Ich weiß, daß du mich morgen töten wirst . . . dennoch . . . so langjährige, gute alte Freunde . . . und nur um eines Weibes willen . . . die leidige Konvention . . . man sollte ihr doch einmal ins Gesicht schlagen . . . in Eintracht einen Abend zusammen verbringen, ehe man sich tötet . . .“

Darieur hatte den ganzen Zauber seiner Persönlichkeit auf Bolignac wirken lassen. Der Graf war überwältigt. Er hatte fast Tränen in den Augen, als er sagte: „Lieber, guter, alter Freund! Wie schrecklich! Wie schrecklich! Aber jetzt ist es zu spät. Es muß sein, du verstehst. Morgen . . .“

„Aber heute . . .“
Sie nahmen ein geschlossenes Auto. Zogen die Vorhänge zu. Die Welt durfte sie ja nicht beisammen sehen.

In einer verstaubten Laverne am einsamen Mont Martre verbrachten sie den Abend. Darieur redete, redete, redete. Bestellte Wein, Wein, Wein. Redete, redete, redete . . .

„Ja, es ist furchtbar“, lallte Bolignac.
„Gewiß“, sagte Darieur pathetisch, „es ist die Welt, die uns als Opfer fordert, auf den Altären ihrer Sensationsgier. Hier sitzen wir, zwei gute, alte Freunde, zusammengekniet durch eine tiefe, edle Wahlerwandtschaft, aber zwischen uns türmt sich ungeheurer eine Mauer. Eine hohe Mauer ist es — eine unübersteigbare Mauer. Die Mauer der Konvention! Oh, über dieses Untier, das gierig Menschen frißt und Schicksale, Glück und Liebe, in unerträglichem Orange . . .!“

„Wa — wa — was für ein Untier?“ lallte Bolignac, schon etwas benebelt.

Darieur fällte sein Glas frisch auf. „Stoß an!“ rief er, „auf dein Wohl — ach, wie trägt dies Wort!“
„Mei — mei — mein Gott!“ jammerte Bolignac und fiel ihm um den Hals.

„Reines Wortes mehr fähig vor Rührung, stehst du vor mir, junger Freund!“ rollte Darieur. „Und was ist es, was uns trennt? Nichts als ein Weib? Schmach über sie! Nie will ich dies edle, reine, erhabene Wort in Verbindung mit dieser Circe über meine Lippen bringen! Ein Weib? Eine Kokotte!“

„Was sollen wir nur tun, du Outer!“ schluchzte Bolignac.
„Ich kann dich nicht töten!“

„Es muß etwas geschehen“, sagte Darieur.



Herr Darieur von der C. Fr. schien plötzlich zu schwanken.

„Es muß — muß etwas geschehen“, lallte Bolignac.
„Halt — ich hab's!“ rief Darieur, der auf einmal sehr nüchtern war. „Wir schießen in die Luft.“

„Niemals!“ rief Bolignac. „Ich habe 33 Jhnen!“
„Nun, ich werde zu sterben wissen!“ rollte Darieur.
„Es darf nicht sein!“ schluchzte Bolignac.

„Schön, dann nicht“, sagte Darieur sehr sachlich. „Ich war auf deinen Einwand übrigens gefaßt. Man soll nicht sagen, daß wir beide in die Luft geschossen hätten. Gut, schießen wir also nicht in die Luft.“

„Dann werde ich dich töten!“
„Du stellst doch den Pistolenkasten bei?“ fuhr Darieur unbeirrt fort. „Du wirfst die Pistolen ganz einfach mit Plafpatronen laden. Dann kann niemand sagen, daß wir in die Luft geschossen haben und wir haben doch in die Luft geschossen. Das ist die beste Lösung.“

Bolignac kämpfte einen Gewissenskampf mit seinen 33 Jhnen.

„Und du erhältst dir einen Freund und — eine Geliebte“, sagte Darieur sehr eindringlich.
„Du willst von Edmonde lassen, du Ebler?“ rief der Graf ekstatisch.

„Gewiß! Für dich tue ich alles!“
Am nächsten Morgen mußten die beiden Duellanten mit eisiger Gewalt geweckt werden. Sie schliefen nicht nur den tiefen, gesunden Schlaf der Gerechten, sondern hatten auch einen nicht unbedeutenden Kauf auszuschlafen. Ihre Raffabläufigkeit löste allgemeine Bewunderung aus.

Auf einer kleinen Lichtung im Bois nahmen die Gegner Aufstellung. Der Unparteiische untersuchte flüchtig die Waffen. Er fand sie in Ordnung. Er war eingeweiht. Die Duellanten hoben die Pistolen. Bolignac zielte haarscharf auf Darieur.

Der Unparteiische klaffte in die Hände.
„Eins, zwei, drei . . .!“
Scharf wie ein Peitschenhieb knallten die Schüsse in den taufrischen Morgen hinein.

Herr Darieur von der Comédie Francaise schien plötzlich zu schwanken, fuhr jäh mit der Hand an die Brust, taumelte einen Augenblick und fiel dann mit einem dumpfen Aufprall vornüber ins frische Gras.

Ein gellender Aufschrei. Aus dem die Lichtung umsäumenden Gebüsch stürzte eine Frau und warf sich aufschlundend über Darieur. Es war Edmonde Lary. Bolignac, der das Unbegreifliche nicht fassen konnte, sprang hinzu, um seinem gefallenem Gegner die Hand zu reichen. Aber Edmonde fuhr auf ihn los wie eine wilde Rahe und schrie: „Elder . . .! Mörder . . .!“ Bolignac war erledigt. Für immer. Da schlug Herr Darieur die Augen auf, lächelte mühsam, erhob sich mit Hilfe seiner Sekundanten und schwankte, auf Edmonde gestützt, zu seinem Auto. Ein Motor knatterte im morgensüßen Bois. Hinter einer Staubwolke verschwand das Auto des Herrn Darieur.

„Ich verstehe das alles nicht —“ jammerte Bolignac, als er mit dem Unparteiischen endlich allein war. „Wie hat Edmonde erfahren, wann das Duell stattfindet und dann . . .“

„Aber das ist doch ganz klar“, unterbrach ihn der Unparteiische. „Herr Darieur hat es ihr gesagt.“ — „Aber die Pistolen! Es ist ja furchtbar. Sie haben die Waffen doch untersucht. War etwas nicht in Ordnung?“ — „Oh, alles war in Ordnung!“ — „Ja, dann“, stotterte der Graf verzweifelt. „Wie erklären Sie sich dann den schrecklichen Unfall?“ — „Himmel, begreifen Sie denn noch immer nicht? Darieur ist eben ein ausgezeichnete Heldendarsteller und selbst die Polizei hat rote Tinte schon für Blut gehalten!“

Zeitgemäße Grundstückspolitik. Vor mir liegt ein prachtvoll in Leinen (grün = Farbe der Hoffnung) gebundenes Buch, das in Golddruck folgenden Titel trägt: „Zeitgemäße Grundstückspolitik der Stadt Berlin“. Und wer, meinen Sie, ist der Verfasser? Nun es ist „Eine Studie vom Grundstücksbezernenten der Stadt Berlin, Stadtrat Paul Busch“, verfaßt im Oktober 1929. Mir gefällt das Wort „zeitgemäße“ so gut! (Simplicissimus)

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Breslau. (Mißstände im Lehrlingswesen.) Eine in 27 Baugewerkschaften Schlesiens vorgenommene Erhebung ergab, daß bei 73 Unternehmern bei einer Gesamtbeschäftigungszahl von 647 Gesellen insgesamt 988 Lehrlinge beschäftigt waren. Einige Beispiele mögen das Unhaltbare im jetzigen Lehrlingswesen kennzeichnen. Ein verhältnismäßig günstiger Fall, bei dem aber immerhin noch die hohe Zahl der Lehrlinge auffällt, ist bei dem Unternehmer **Runert** in Görlitz festzustellen, der bei 38 Gesellen nicht weniger als 32 Lehrlinge beschäftigt. Dann wird's noch schlimmer! Der Unternehmer **Göbel** in Olaf beschäftigt bei 18 Gesellen 31 Lehrlinge, der Unternehmer **Winzen** in Brieg bei 14 Gesellen 24 Lehrlinge, der Unternehmer **Mar Jache** in Breslau bei nur drei Gesellen 15 Lehrlinge. Aber es steht noch viel schlimmer! Den Höhepunkt finden wir u. a. in Kreuzburg, wo der Unternehmer **Lenz** 20 Lehrlinge, der Unternehmer **Skaleh** 11 Lehrlinge, der Unternehmer **Römer** neun Lehrlinge, aber keiner von den dreien einen Gesellen beschäftigt. Genau so liegen die Dinge in Muskau, wo der Unternehmer **Trohrmann** 21 Lehrlinge, **Reisart** 15 Lehrlinge und **Mückisch** drei Lehrlinge beschäftigt, ebenso in Spottau, wo der Unternehmer **Beer** 21 Lehrlinge „ausbildet“. Alle vier Unternehmer beschäftigen aber keinen einzigen Gesellen. Ebenso liegt es in Ohlau, wo der Unternehmer **Abelt** 19 Lehrlinge, aber keinen Gesellen beschäftigt. Das sind nur einige Blüten schlesischer Lehrlingshaltung, die aber deutlich zeigen, daß es dringend notwendig ist, die Zahl der Lehrlinge in ein angemesseneres Verhältnis zu den beschäftigten Gesellen zu bringen; denn auch in einer bauwirtschaftlich günstigeren Zeit ist die Zahl der beschäftigten Lehrlinge im Baugewerbe bei weitem zu hoch. — Ein ganz Teil Lehrlinge ist überhaupt erwerbslos. Es werden Bauten ausgeführt, die überhaupt nur mit Lehrlingen besetzt sind. Daß bei einer derartigen Arbeit eine sachmännliche Ausbildung nicht gewährleistet ist, liegt auf der Hand. Es kommt dem Unternehmer ja auch nur darauf an, recht billige Arbeitskräfte und darüber hinaus billige Bauhilfsarbeiter zu bekommen. Denn sehr oft müssen die Lehrlinge den Bauhilfsarbeiter ersetzen. Den Eltern aber, die sich mit dem Gedanken tragen, ihren Kindern das Bauhandwerk erlernen zu lassen, geben wir noch einige Zahlen, wie es im Juli im Baugewerbe aussah. Im Bezirk Schlesien sind mehr als 50% der Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes erwerbslos. Im vergangenen Winter hatten 8986 Mitglieder keine 26 Wochen Arbeit aufzuweisen, so daß sie der „Wohlfahrts“-Unterstützung anheim fielen, soweit sie überhaupt welche bekamen. Einzelne Baugewerkschaften weisen heute noch eine Erwerbslosigkeit bis zu 89% ihrer Mitgliedschaft auf! Da im Baugewerbe, besonders im Hochbau, die Bauarbeiter fast zu 100% organisiert sind, sind alle in Betracht kommenden Arbeiter erfasst. — Die Baugewerkschaften sowie die Bezirksleitung haben die Behörden aufgefordert, Mittel für das Baugewerbe flüssig zu machen, bis jetzt leider mit sehr wenig Erfolg. Sie setzen ihre Hoffnung auf die Versprechungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald, der als früherer Gewerkschaftssekretär ja wissen muß, wie den arbeitslosen Kollegen zumute ist.

Bezirksverband Königsberg. Im Einverständnis mit dem Bundesvorstand berufen wir zu Sonntag, 3. August den ordentlichen Bezirkstag für den Bezirksverband Königsberg ein. Der Bezirkstag wird in Königsberg, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Vorder-Rohgärten 61/62 abgehalten und beginnt pünktlich um 9 Uhr vormittags. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes; 2. Erledigung von Anträgen; 3. Wahl des Bezirksvorstandes. — Jeder Bezirkstagsteilnehmer hat sein Mitgliedsbuch und seinen Ausweis mitzubringen und am Saaleingang abzugeben; ohne beides kein Zutritt.

Bezirksverband Stuttgart. (Jugendtreffen.) Am 29. Juni war in Reutlingen das Jugendtreffen unseres Bezirks. Etwa 200 jugendliche Mitglieder der Baugewerkschaften Stuttgart, Heilbronn, Göppingen, Ulm, Konstanz und Tübingen waren zu Gast. Leider konnten viele junge Kollegen nicht kommen, weil sie wegen der miserablen Arbeitslage sogar im Sommer feiern müssen. Aus Anlaß des Jugendtreffens waren Modelle und Entwürfe von Häusern, Gewölben, Treppenaufgängen, Kaminen und Stuckdecken ausgestellt. Reutlingen stand sowohl an Quantität wie an Qualität wieder an erster Stelle. Deshalb mußte der Bezirkswimpel bei den Reutlingern verbleiben. Aber auch die Arbeiten der übrigen Jugendabteilung, der Leistung nach Heilbronn, Stuttgart und Ulm, zeugten von großem Fleiß und Opferwillen. Besonders wirkungsvoll war die Festveranstaltung unter Mitwirkung des 1. Mandolin- und Gitarrenvereins, Zweigvereins des Arbeiterbildungsvereins Frohsinn sowie des Arbeitergesangsvereins Wehlingen. In der Jugendabteilung Wehlingen sind wesentliche Fortschritte gemacht worden. Kollege **Werner** vom Bundesvorstand überbrachte dessen Grüße sowie die der Reichsjugendleitung und erhoffte von diesem Treffen einen neuen Aufschwung der Jugendabteilung. Würtemberg zählt zurzeit 545 jugendliche Mitglieder, es seien aber rund 1500 Lehrlinge im Baugewerbe vorhanden. Im Reich zählt unsere Jugendabteilung 39 000 Mitglieder. — Zum Schluß sprach noch Bezirksleiter **Buckel** über die ausgefallenen Arbeiten, dankte den Jugendlichen und forderte sie auf, fest in der Bewegung mitzuarbeiten für eine bessere Zukunft der Arbeiterschaft! „Nach dem gemeinsamen gesungenen Lied „Brüder zur Sonne zur Freiheit!“ schloß der „Liederkränz Wehlingen“ mit dem wuchtigen „Wir sind der Sturm, der alles Morsche knickt und bricht, der Sturm, der neue Saaten reißt... Wir sind der Sturm!“ Der Beschäftigung der Stadt folgte die Ausfahrt auf die Lichtensteiner Alb-, Nebel- und Olghöhle, sowie Schagquelle. — Die Bauarbeiterjugend hat einen ebenso erhebenden wie fröhlichen Tag hinter sich.

Aus den Baugewerkschaften

Hammerstein. Am 6. Juli war es unserer Baugewerkschaft vergönnt, ihr 25jähriges Bestehen zu feiern. Obwohl der wirtschaftliche Druck und die große Arbeitslosigkeit

schwer auf uns lasten, wurde es doch ein großer Tag. Es hatten sich Kollegen aus den benachbarten Baugewerkschaften eingefunden. Dazu sämtliche örtlichen Gewerkschaften und freien Sportvereine, so daß es einen gewaltigen Festzug gab. Bei guter Musik ging's zum Vereinslokal, wo 13 Kollegen als Gründer und Jubilare der Baugewerkschaft begrüßt wurden. Kollege **Körllin**, Schneidemühl, hielt die Festrede. Darauf ging's zum Festplatz im Birkenwald, wo Lenz den Jubilaren die Ehrenurkunden des Bundes sowie die Geschenke der Baugewerkschaft überreichte und mit warmherzigen Worten der Jubilare, ihrer Treue und aufopfernden Arbeit gedachte. Zum Abend bildete sich wieder ein mächtiger Aufmarsch. Im Auftrage der Jubilare dankte Kollege **Geiß** und forderte unermüdete Weiterarbeit in der Gewerkschaft. Die Feier beschloß ein Tanz auf zwei Sälen.

Schneidemühl. (Zahlfelle Schönlanke.) In unserer Versammlung am 6. Juli wurden unseren Jubilaren **Emil Widner** und **Paul Koerlin** die Ehrenurkunden und die Silbermedaille überreicht. Beide Kollegen können auf eine mehr als 25jährige Tätigkeit in unserer Baugewerkschaft zurückblicken. Sie sind hier im Osten Pioniere der Arbeiterbewegung. Wir wünschen den Jubilaren, daß sie noch recht lange Jahre in unseren Reihen tätig seien.

Waldenburg. Dem Reichsarbeitsminister wurde folgende Entschlieung überreicht. „Die am 9. Juli 1930 tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Waldenburg, nimmt Kenntnis von der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Trotz der vorgeschriebenen Jahreszeit sind am 7. Juli von 2480 Mitgliedern 925 = 40% arbeitslos. Diese Zahlen zeigen, wie groß im hiesigen Revier das Elend der Bauarbeiter ist. Der größte Teil der Arbeitslosen ist ausgesteuert und besteht für diese nicht die Möglichkeit, in diesem Jahr die Anwartschaft zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung zu erreichen. An Ersatz für Kleider, Möbel usw. ist überhaupt nicht zu denken. Die Notlage der hiesigen Arbeiterschaft ist auch deshalb besonders tröstlos, weil sich das Waldenburger Revier von jeher in einer wirtschaftlich schlechten Lage befindet. — Die Versammlung fordert: a) Die Regierung möge für das hiesige Revier mehr Mittel als bisher dem Bauplatz zur Verfügung stellen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einreihen zu können; b) der Herr Reichsarbeitsminister möge für den hiesigen Bezirk anordnen, daß die Arbeitgeber die offenen Arbeitsplätze beim Arbeitsamt anzumelden haben; c) Zulassung der Bauarbeiter zur Krisenunterstützung.“

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger.

Magdeburg. Der Streik der Töpfer und Fliesenleger ist am 7. Juli beendet worden. Die Unternehmer stimmten fast allen unseren Forderungen zu. Nur der im vorigen Jahre für Verblenderarbeiten vorgenommene Abzug in Höhe von 10% blieb noch offen. Es war den Unternehmern nicht möglich, die Zustimmung für die Wiedereinführung zu bekommen. Der Lohn für die Hilfsarbeiter, der bisher für Tragen auf Bauten und für Transportieren der Deseu nicht festgelegt war, soll 1,15 M die Stunde betragen. Auch in der Ferienfrage für die Hilfsarbeiter wurden Zugeständnisse gemacht. — In der Aussprache wurde der Erfolg anerkannt, da aber noch einige Punkte des Vertrages zu bereinigen waren und wegen der Verblenderarbeiten nochmals verjucht werden sollte, auch diese Angelegenheit mit einem Erfolg für uns abzuschließen, wurde beschlossen, nochmals zu verhandeln. In der Verhandlung war aber nicht zu erreichen, daß für Verblenderarbeiten die Ziffer 5 unter C — Abzug bei Räumen von über 50 qm von 10% — hinausgeschritten wurde. Die in Betracht kommende Firma war nicht zu bewegen, den Zuschlag vom vorigen Jahre wieder anzuerkennen. Jedoch wurde über die sonstigen Punkte volles Einverständnis erzielt. — Vereinbarung wurde noch, die Änderungen als Nachtrag zum Tarifvertrag drucken zu lassen. — Damit wurde der Streik beendet. Das Ergebnis ist ein fast voller Erfolg. — Bei den Verhandlungen war auch über die Schaffung eines Fliesentarifvertrages für den Bezirk oder für die Stadt eingehend gesprochen worden. Für einen bezirklichen Vertrag sei aber keine Unternehmerorganisation als Vertragspartner vorhanden. Bei der Schaffung eines örtlichen Fliesentarifvertrages wollen die Firmen mitwirken. Dabei könnte es sich aber nur um einen Akkordvertrag handeln. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, darüber zu verhandeln. — So geschlossen wie die Kollegen in den Streik getreten sind, wurde auch die Aufhebung beschlossen. Die Fachgruppenleiter ermahnten noch die Kollegen, stets fest zum Baugewerksbund zu stehen und nicht nur bei Lohnverhandlungen.

Vom Bau

Bahn. Im nahegelegenen Rohrsdorf ereignete sich am 27. Juni ein schwerer Bauunfall, der den Tod eines Kollegen herbeiführte. Der Unternehmer **Ribbeck** errichtet dort ein Stallgebäude. Man war dabei, einige eiserne Träger in die richtige Lage zu bringen; dabei geriet einer der Träger ins Rutschen und konnte nicht mehr gehalten werden. Der niederfüßende Träger traf den Kollegen **Ernst Krause** mit solcher Wucht am Kopfe, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat. Die Baustelle wurde sofort polizeilich gesperrt. — Wen die Schuld an dem tragischen Unfall trifft, soll die nähere Untersuchung ergeben.

Allgemeine Rundschau

Eine folgenschwere Bergwerkskatastrophe. Am 9. Juli ereignete sich im Waldenburger Kohlenrevier eine furchtbare Bergwerkskatastrophe, bei der — neben einer großen Anzahl Bergleute, die zum Teil schwere Verletzungen erlitten — 151 Kumpels dem Tod zum Opfer fielen. Die Katastrophe ereignete sich in der Wenzelsgrube bei Neurode, wo Kohlen säureeindrücke eine besondere Rolle spielen. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ sind gewisse Anzeichen, die auf kommende Kohlen säureeindrücke hindeuteten, von der zuständigen Stelle nicht genügend beachtet worden. Dieser

Nachlässigkeit — die, wenn sie sich als wahr herausstellt, mit den schärfsten Mitteln, die die Gesehe bieten, geahndet werden muß — sind eine so große Zahl Bergarbeiterkameraden zum Opfer gefallen, daß es sich, wie schon jetzt feststeht, um eine Katastrophe handelt, die in der Nachkriegszeit nur noch von der Katastrophe auf der Zeche Radbod übertroffen wird. Die Tragödie menschlicher Arbeit ist um eine vermehrt worden. Wenn auch Technik und Wissenschaft eine ganze Reihe Maßnahmen erlassen haben, die geeignet sind, menschliche Leben vor der Vernichtung zu schützen, so wird sich auch bei dieser Katastrophe herausstellen, daß eine andere Macht ihre verbrecherische Hand im Spiel hat und verhindert, alle Mittel des Arbeiterschutzes reiflos in den Dienst der arbeitenden Menschheit zu stellen. Diese Macht geht aus von denen, die in der privatkapitalistischen Gesellschaft die Produktionsmittel besitzen und deren einziger Ehrgeiz ist, Profit zu erzeugen. Auch die toten Bergarbeiter in Waldenburg sind für Privatkapitalismus und Profit auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen! So menschlich sympathisch uns auch die Weilselbeweise ideeller und materieller Art berühren mögen — u. a. hat der Reichspräsident 10 000 M aus seinem Dispositionsfonds und der Preussische Ministerpräsident, Genosse **Otto Braun**, 100 000 M zur Verfügung gestellt —, so muß doch darauf verwiesen werden, daß solche Summen wahrscheinlich genügt hätten, um entsprechende Sicherungsmaßnahmen mit Erfolg zu verwenden und den nun trauernden Familien ihre Ernährer zu erhalten. Damit ist nichts gesagt gegen den absoluten Wert ideeller und materieller Hilfe. Aber solche Katastrophen, die in diesem Fall nicht nur die ärmsten unter den einfachsten Verhältnissen lebenden Schichten unseres Volkes, sondern auch die ärmste Arbeiterschaft Deutschlands getroffen hat, sollten den Verantwortlichen, den Gesehgebern und denen, die über das Wohl des Staatsbürgers zu wachen haben, einen unwiderstehlichen Ansporn geben, mit ganzer Kraft dafür zu wirken, daß der Tod soweit wie irgend möglich von der Arbeitsstätte verbannt wird; soweit, wie es nach menschlichem Ermessen möglich ist, und es die noch nicht ganz bezwungenen Naturgewalten zulassen. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist auch im Baugewerbe sehr groß, im Jahresdurchschnitt wahrscheinlich größer als im Bergbau; sie setzt sich allerdings aus einer ganzen Reihe einzelner Unfälle zusammen. Wegen ihrer Einzelfälle vermögen sie nicht das Gewissen der Öffentlichkeit aufzurütteln. Sie haben selten einen so demonstrativen Charakter wie Grubenkatastrophen, wo Dutzende, manchmal Hunderte Menschenleben auf einmal hinweggerafft werden. Mögen deshalb solche Katastrophen das Gewissen der Menschheit aufrütteln und wachhalten! — An den Bahnen der 151 Kameraden in Hausdorf standen im Geiste über fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen und drückten den Hinterbliebenen ihr zutiefst gefühltes Beileid aus. Unter allen Beileidsbezeugungen werden den Hinterbliebenen in Neurode die ihrer Klassen-genossen am wertvollsten sein. Denn mit diesen Bezeugungen ist verbunden der hunderttausendfache Wille zur Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische Gesellschaft; mit ihnen verbunden ist ferner der Wille, den Kindern unserer Generation und damit auch denen der Opfer von Neurode ein besseres Dasein zu erkämpfen.

„Die Republik ist gesichert.“ In einem Aufsatz mit der Ueberschrift „Vor dem Sturm —!“ zieht der Vorsitzende des Reichsbanners **Schwarz-Rof-Gold**, **Otto Hörsing**, im Bundesorgan „Das Reichsbanner“ Schlusfolgerungen über die Wahlergebnisse zum Sächsischen Landtag. Hörsing betont die Notwendigkeit einer stärkeren, stets geschlossen auftretenden Reichsbannerorganisation, um besonders den geschlossen auftretenden Feinden der Republik entgegenzutreten zu können. Leider sei diese Notwendigkeit selbst noch nicht einmal von allen Führern in der republikanischen Front — Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften — erkannt. In dem alarmierenden sehr lesenswerten Aufsatz, dem auch wir weitestehende Verbreitung und Beachtung wünschen, äußert sich der Führer des Reichsbanners zum Schluß zu der Frage, ob die Republik gesichert ist und schreibt dazu: „Die Republik ist gesichert“, wird so oft mit großem Behagen ausgesprochen, und sicher glauben die, die es sagen, auch daran. Leider ist dieser Satz nicht vollinhaltlich wahr — vielmehr sieht die Lage von heute der von 1923 verwehelt ähnlich. In den großen Städten ist die Polizei kaum Herr der Lage. In den kleinen Städten mit kommunaler Polizei ist dies lange nicht mehr der Fall, und nun erst das flache Land, wo nur in jedem dritten bis vierten Dorf ein Landjäger ist. Und wer vertritt sich noch etwas von der Reichswehr als Schutz für die Republik? Gewiß, unter den Unteroffizieren und Mannschaften ist sicher die große Mehrzahl für die Republik; auch eine Reihe Offiziere wünscht sicher keine Staatsänderung. Aber die Leistung! Ich sage es ganz offen: Zu diesem Reichswehrministerium habe ich nie Vertrauen gehabt — meine Hoffnung war nur die Person des Herrn **Groener**. Nachdem Herr **Groener** aber in unqualifizierbarer Art u. a. gegen den Kameraden **Abgeordneten Künstler** (SPD.) Stellung genommen und über meine persönliche Einstellung zur deutschen Wehrmacht seinen nachgeordneten Stellen direkt unwahre Behauptungen — die wie schlechte Wiße wirken — schreibt, steht fest: Herr **Groener** will sich von der SPD. und auch vom Reichsbanner, damit aber von der Mehrheit der republikanischen Front distanzieren. . . . Die Feinde der Republik sind stärker geworden, die republikanische Front hat sich selbst zermüht, die Kräfte des Reiches und der Staaten — von den Unzuverlässigen ganz abgesehen — reichen nur knapp hin, die konzentrischen Angriffe abzuwehren. — Das ist die Lage, in der wir uns befinden. Ein noch tröstlicheres aber wahres Bild wird vielleicht bald folgen müssen, welche politischen Konsequenzen auch entstehen mögen. Es handelt sich um die Niederkämpfung der Feinde des Volkes, und das sollte allen denkenden Republikanern die Frage aufwerfen, ob nun nicht endlich alle Phrasologie fortgelegt und mit aller Kraft eine staatsbejahende Politik getrieben werden muß. Dazu gehört, daß das durchaus überparteiliche Reichsbanner sofort und mit aller Kraft gestärkt wird, damit es nicht eines Tages ein sehr böses Erwachen gebe.“

Arbeitslosenversicherung und Bauarbeiter. Durch die klein- und mittelfristige Presse geht zurzeit ein Artikel, der bestimmt in einer der reaktionären Blättern hergestellt worden ist. In ihm wird gegen die Arbeitslosenunterstützung der Bauarbeiter Stellung genommen, unter anderem mit der ganz einfachen „Begründung“, daß die sogenannte „Saisonarbeitslosigkeit“ versicherungstechnisch überhaupt kein Risiko darstellt. Dann wird die bekannte Rechnung aufgemacht, daß das Einkommen des Bauarbeiters 5mal höher

sei, als das eines Metall- oder Textilarbeiters und daraus die „Schlußfolgerung“ gezogen, zur Sanierung unserer öffentlichen Finanzen dürfe nicht vor der „durchgreifenden Reform“ der Arbeitslosenversicherung zurückgeschreckt werden. — Wir haben solche „Argumente“ bereits oft widerlegt. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter sehr schlecht ist. Dies kann nicht hinwegdiskutiert werden, mit auf dem Papier errechneten „hohen“ Einkommen oder „hohen Stundenlöhnen“. Wir haben uns nie der Hoffnung hingegeben, die Leute, die den Bauarbeitern nun einmal nicht wohlgefallen sind, von der Falschheit ihrer Auffassung zu überzeugen. Am allerwenigsten ist dies der Fall bei jener Presse, die in ihrer Meinung nicht selbständig sein darf, sondern vollkommen abhängig ist von irgendwelchen reaktionären Maternfabriken. Die einzig richtige Schlußfolgerung für die Arbeiterschaft ist, diese Presse aus ihren Wohnungen zu verbannen. Solange die Arbeiterschaft noch Zeitungen wie „Neueste Nachrichten für die Oberlausitz“ oder „Rathenower Zeitung“ durch ein Albonnement unterstützt, solange werden wir antisozialen Geist und arbeitserfeindliche Redaktionsstübchen haben. Also nochmals, heraus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen. Lebt die Arbeiterpresse!

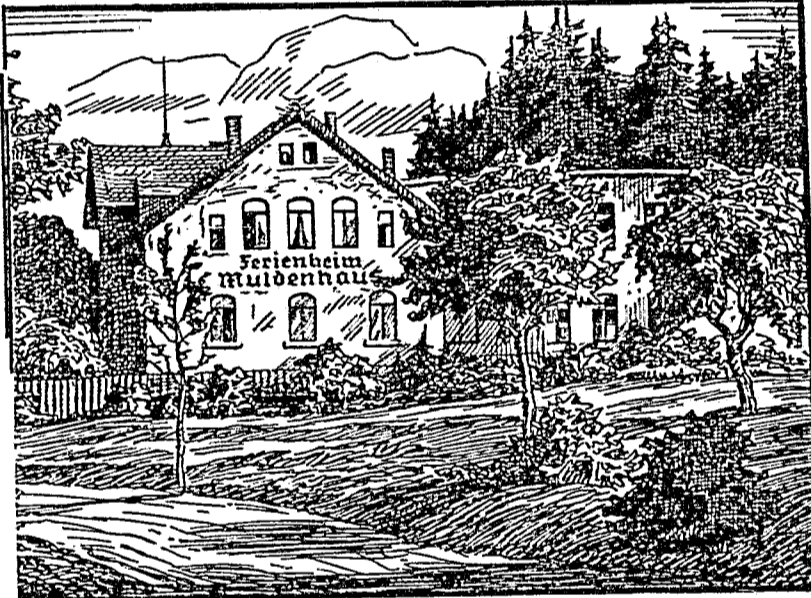
Vom KPD-Starf zu unserem Bundestag. Unserem Leitartikel in der vorigen Nummer des „Grundstein“ haben wir als gewissenhafte Chronisten noch hinzuzufügen, daß die Berliner Kommunisten eher aufgefunden sind als die Dresdner. Sie gehen auch sozusagen schematisch zu Werke, was an sich selbstverständlich ist, da die Berliner Kommunisten gegenüber der „Provinz“ doch ihr Prestige zu wahren haben. Und schließlich ist Berlin doch nicht umsonst der Sitz Thälmanns. Das „Bezirkskomitee der revolutionären Bauarbeiter“ hat einen regelrechten „Arbeitsplan“ ausgearbeitet und ihn an „alle Fraktionsleiter der Bauarbeiter Bezirk Berlin-Stettin-Lausitz“ weitergegeben. In dem „Arbeitsplan“ ist kalendermäßig alles aufgezeichnet, was „revolutionäre“ Bauarbeiter u. a. zur „Vorbereitung des Verbandstages des Baugewerksbundes“ zu tun haben. — Dem Geltungsbedürfnis der sogenannten revolutionären Bauarbeiter verjagt selbstverständlich auch das Organ der Moskauer Volkspartei, die Berliner „Rote Fahne“, Rechnung zu tragen. In Nummer 157 bringt sie gleich eine ganze Seite „Arbeiterkorrespondenzen“, die im gewerkschaftsfeindlichen und reaktionären Ton gehalten und im Stil der Frau Courts-Mahler geschrieben sind. Für gewisse Tatbestände im proletarischen Daseins- und Existenzkampf werden die Gewerkschaften als die Schuldigen hingestellt. Dann wird gefragt, was denn die Gewerkschaftsmittelbeschaffung für einen Zweck gehabt habe; denn Vater Bock ist trotz seiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft immer abhängig von der Bauaktion gewesen. Gewiß, das Verbandsbuch vom 26. liegt eben so viele Jahre pflichterfüllt im Tischkasten; jeden Sonnabend nahm Mutter das Buch aus dem Kasten und bezahlte den Hauskassierer. Hat's viel Zweck gehabt, Vater Bock? Ja doch, das Buch ist in Ordnung. Und dein krummer Rücken? Dein ausgemergelter Körper? Dein Blut, ausgegossen bis aufs Weiße, von den tauenden Steinen und den Sorgen im Winter, die du immer geschleppt? Ist das nun auch in Ordnung? — Nein, das ist gewiß nicht in Ordnung. Aber daran ist der Verrat der Gewerkschaftsführer schuld. Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und unsere revolutionäre Partei, die KPD, zeigen den richtigen Weg. — Wie dieser Weg aussieht, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man liest, wie die „revolutionären Bauarbeiter“ für ihre Rechte kämpfen. Da wird beispielsweise geschildert, daß ein „Klaupolier zwei Zimmerkameraden, die fünf Monate auf der Straße lagen, jedem 9 M aus der Lohnkiste geklaut hätte.“ Gewiß eine Gemeinheit, aber an sich doch eine Lausache, die jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter innerhalb weniger Stunden allein dahingehend geregelt hätte, daß die Firma, deren Polier einem Arbeiter 9 M aus der Lohnkiste nimmt, ihm — dem Arbeiter — den ihm zustehenden Lohn voll auszahlt hätte. Wenn nicht anders, dann wäre der Fall mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation bestimmt am nächsten Tag geregelt worden sein. Was dann noch an Kriminellem zu bereinigen gewesen wäre, wäre Aufgabe des Staatsanwalts. Die „revolutionären Bauarbeiter“ aber haben, um den befohlenen Kollegen den fehlenden Lohn zu beschaffen, nach ihrer eigenen Angabe etwa drei Wochen

dazu gebraucht; was nicht gerade von einer allzu großen Schlagkraft der „revolutionären Bauarbeiter“ zeugt. Von der gleichen Güte ist das übrige, was auf dieser Seite der „Roten Fahne“ erzählt wird. Die „Rote Fahne“ offenbar unbewußt andauernd die Schwäche der „revolutionären Bauarbeiter“. Tagelang müssen sie „kämpfen“, ehe sie einen Unternehmer zur Einhaltung auch nur der einfachsten tarifvertraglichen oder gesetzlichen Bestimmungen zwingen. Die sich revolutionäre Bauarbeiter Kennenden spotten ihrer selbst und wissen nicht wen. Die Ankündigung der „Roten Fahne“, daß sie von den „Kämpfen und Erfolgen“ der Revolutionäre noch weitere Artikel folgen lassen will, da sie „noch etliche Sachen auf Lager“ habe, kann uns nur mit aufrichtigstem Mitleid für die „revolutionären“ Arbeiter erfüllen.

Zehn Millionen Reichsmark. Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg, hat seit November 1923 (Beendigung der Inflation) bis jetzt an Versicherungsleistungen bei Sterbefällen die runde Summe von 10 Millionen Reichsmark ausgezahlt.

Der „Baukurier“, Zentralblatt für das gesamte Bauwesen, hat eine sogenannte Lustige Ecke, die er „Lustiger Bauzaun“ nennt. Auch hinter dem „Lustigen Bauzaun“ juchend nur die Menschen andere, die selbst schon einmal im wärstren Sinne des Wortes dahinter gefessen haben. Das ist auch bei den Leuten vom „Baukurier“ so. Wenn sie Tatsachen im Brennpunkt des Witzes oder sich selbst konterfeien würden, dann hätten wir nichts dagegen. Aber niedriger hängen müssen wir, daß der „Baukurier“ versucht, hinter seinem „Lustigen Bauzaun“ Arbeiter zu verunglimpfen. — In einer Zeit, wo 40% der Bauarbeiterschaft mitten im Hochsommer noch erwerbslos sind, wissen die Leute vom „Baukurier“ nichts Besseres, als in der Nummer 76 vom 5. Juli das Bild eines noch nicht fertiggestellten Neubaus zu bringen, in dessen Vordergrund ein wohlgenährter Unternehmer zu sehen ist, der zu einem Bauarbeiter, der allerdings nicht so wohl genährt ist wie er, spricht: „Ich glaube gar Piefke, sie wollen arbeiten.“ „Ne, mein Lieber“, antwortet Piefke, „drum hab ich mir die Jeschichte wieder mal angesehen.“ Darüber steht: „Zur Abschreckung“, was belagen soll, daß sich jener Bauarbeiter „zur Abschreckung“ anseht, wie schlecht die Arbeit schmeckt, um ihr abgeschreckt den Rücken zu kehren. — Derartige Witze sind keine mehr, sondern veruchte Verunglimpfung von Angehörigen eines Berufes, die heute zu hunderttausenden keine Arbeit finden können. Was der „Baukurier“ verzapft sind Gemeinheiten, die wir hiermit niedriger hängen.

Ferienheim Muldenhaus inmitten riesiger Waldungen des vogtländischen Erzgebirges in Rautenkranz, 17 Zimmer, 35 Betten, 650 m Seehöhe. Geologische Sehenswürdigkeiten, Hochmoore. Schöne Spaziergänge auf guten Wegen nach allen Teilen der schier endlosen Waldungen. Besuche



der umliegenden sächsischen Industriedörfer und -städchen, der Musikinstrumentenfedern Klingenthal und Markneukirchen vermitteln soziologische Eindrücke. Vom 15. August an ermäßigte Preise! Auskunft und Prospekt durch Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. Sitz Jena, Marienstr. 4.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesstatut vom Bundesvorstand: Adolf Lück, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Bochum, geb. 11. Juni 1899 (in Schwedlitz, Kreis Lublin, eingetretten 16. Mai 1927 (389 826)); Alfred Reiner, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Bochum, geb. 30. März 1904 in Erin, eingetretten 16. Mai 1927 (389 830); Walter Nowakowski, Erdarbeiter, Baugewerkschaft Bochum, geboren 10. Juni 1895 in Schlonz, Kreis Culm, eingetretten 2. August 1923 (651 934); Konrad Brönneke, Baugewerkschaft Bochum, geb. 2. November 1891 in Himmerlshütten, eingetretten 20. März 1929 (635 692); Karl Heuser, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Bochum, geboren 7. Juni 1898 in Ermingen, eingetretten 9. Mai 1920 (677 200); Heinrich Sieling, Maurer, Baugewerkschaft Bochum, geb. 27. Februar 1901, eingetretten 1. Mai 1921 (635 475); Robert Wengler, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Breslau, geb. 10. Juni 1873 in Bernstadt, Kreis Oels, eingetretten 4. April 1909 (44 821); Anton Casjens, Maurer, Baugewerkschaft Emden, geb. 8. April 1896 in Marienbasse, eingetretten 27. Mai 1922 (1 067 262); Thomas Jonza, Arbeiter, Baugewerkschaft Glogau, geboren 28. Dezember 1892 in Königshütte O.-S., eingetretten 6. Januar 1900 (720 442); Hermann Waber, Arbeiter, Baugewerkschaft Glogau, geb. 20. Januar 1899 in Selne, Kreis Pyritz in Pommern, eingetretten 28. Mai 1930 (846 193); Emil Kollodzik, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Hamburg, geb. 20. Oktober 1895 in Lachwehr, eingetretten 15. August 1923 (653 590); Fritz Beckmann, Betonarbeiter, Baugewerkschaft Hamburg, geb. 1. Oktober 1899 in Wismar, eingetretten 15. Juli 1927 (453 388); Heinrich Wladzun, Maurer, Baugewerkschaft Insterburg, geb. 7. Dezember 1894 in Szejkehmen, eingetretten 8. Mai 1922 (372 763); Karl Mann, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Insterburg, geb. 13. Januar 1889 in Pruzsichken, eingetretten 9. April 1919 (317 972); Arthur Schmidt, Maurer, Baugewerkschaft Kiel, eingetretten 4. April 1907 (7183); Arthur Engel, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Mülheim a. d. R., geb. 11. August 1895, eingetretten 7. November 1926 (822 881); entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesstatut von der Baugewerkschaft Bielefeld: Erich Eikmeier, Maurer, geb. 8. Juli 1905 zu Steinhagen, eingetretten 13. September 1929 (836 176).

Vom 27. Juni bis 10. Juli haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Bundeskasse gesandt: Aachen 508,40, Augsburg 2700, Allenstein 1500, Anklam 594,05, Alschersleben 742,75, Annaberg 3200, Aue 1200, Alsfelding 21,06, Auerbach 2000, Alfeld 100, Aschaffenburg 2180, Angermünde 379,40, Bielefeld 3000, Brandenburg 20, Buer 300, Berne 150, Bockwisch 400, Barmstedt 378,95, Breslau 67,30, Brüßow 177,15, Brieg 1000, Borna 1500, Bamberg 1500, Bremerhaven 24,50, Burg b. M. 600, Brühl 180, Bahn 3, Berlin 30 000, Baiersbronn 276,95, Bernburg 608,90, Barth 384,30, Buchow 217,25, Boffzen 63,60, Blumenthal 32,70, Bockenheim 366,30, Bock 328,40, Brake 205,06, Bergen R. 110, Beelitz 8, Celle 500, Caputh 500, Castellane 700, Cästrin 800, Corbach 1000, Crivitz 173,05, Coburg 750, Detmold 1000, Darmstadt 2500, Dramburg 392,80, Driefen 29,70, Döbeln 2000, Dinkelsbühl 99,95, Dömitz 33,45, Dösch. Raffelwisch 457,77, Dürrwangen 286,15, Dorfen 147,60, Eckhof 100, Eichstädt 121,95, Emden 3000, Eisenberg 593,15, Eschershausen 198,05, Erfurt 1936,76, Eschwege 500, Finsterwalde 100, Frankfurt a. M. 2500, Fürstenwalde 1000, Friedland 109,15, Freiburg i. Schl. 528,70, Freiburg i. Br. 1000, Freiburg i. Sa. 1000, Fürstenberg 317,30, Frankenhäusen 171,40, Fulda 10, Götlich 1000, Glash 3000, Gardelegen 400, Glogau 500, Goldberg 120, Grünberg 1950, Grimmen 252,10, Gadebusch 203,55, Gandersheim 132, Greifenberg i. Pom. 347,60, Goslar 2287,03, Gnoien 230, Grevesmühlen 200, Gistrow 1223,15, Gelsenau 2500, Gr. Beeren 714,75, Gühnow 196,10, Genthin 1100, Gelsenkirchen 578,54, Gießen 1700, Greifenberg i. Schl. 1000, Glauchau 3042,26, Grimma 583,90, Grömitz 403,70, Herford 7206,55, Husum 300, Halle 700, Heiligenhafen 100, Hammerstein 100, Heilbronn 2650, Herzfeld 300, Harzfeld 71,85, Hirschberg 2000, Heide 330,90, Helgoland 173,10, Heinrichswalde 92,90, Insterburg 2000,

DIE MODERNE CARMEN IST DAS

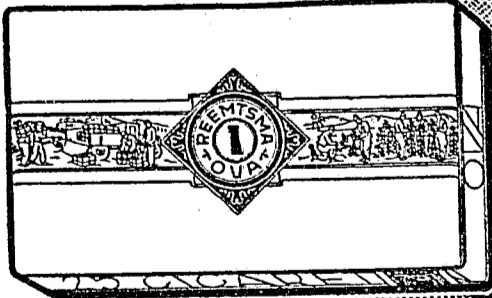
Ova-Mädchen

Sie hat in unseren Cigaretten-Fabriken einen bedeutend größeren Aufgabenkreis zu erfüllen, als die berühmte spanische Tabakarbeiterin vor anderthalb Jahrhunderten. Ihre Cigarette ist die beste und beliebteste europäische Orient-Cigarette

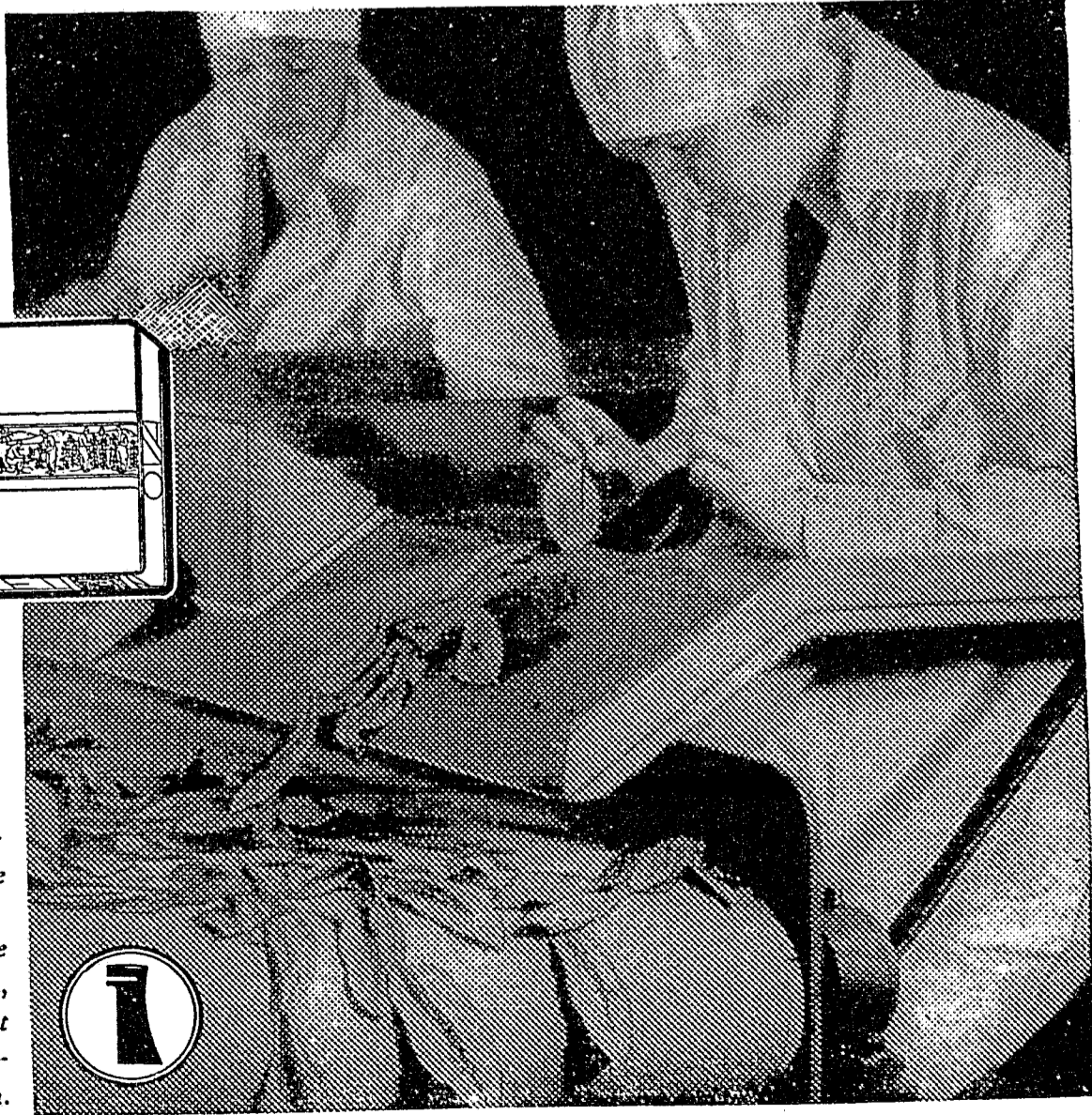
REEMTSMA

OVA

in Araberformat
5 Pf.



Die Beschäftigung mit den empfindsamen Tabakblättern verlangt die größte Sorgfalt feinfühligere Mädchenhände. Die Blätter müssen alle einzeln von einander gelöst werden, damit sie vollständig aufgelockert durch Transportbänder den Mischtrommeln zugeführt werden können.



Jerichow 179,40, Jena 1000, Jngolstadt 68,20, Jüterbog 529,60, Jarmen 5,60, Köthen 800, Kreuznach 100, Kulmbach 800, Krakow 128,75, Krefeld 3000, Kaufbeuren 1255,25, Kelbra 110,30, Köslin 500, Kaiserslautern 2000, Kempten 220,70, Konstanz 1000, Landshut 1500, Leiz 168,15, Lpck 2650, Lbbau 500, Lütz 200, Landsberg (Lech) 301,35, Laufen 140,50, Ldknig 100, Landsberg a. d. W. 1700, Ludwigsluff 353,30, Laucha 249,65, Lindau 62,75, Limburg 1000, Laage 61,05, Lüdenscheid 500, Lychen 371,95, Langen- Laage 356,35, Lüthjen 437,50, Ludwigsluff 157,30, Marienwerder 1000, Magdeburg 3862,56, Minden 1950, Mölln 55,75, Mündelheim 200, Moosburg 229,55, Meltdorf 129,10, Muskau 2084,10, Meiersberg 108,45, Marlow 720,20, Meißen 4800, Marburg 600, Mählfharfen 240, Mirow 184,45, Miesbach 115,30, Roffentinerhütte 200, Neumünster 1700, Neukalen 70, Neugard 272,65, Neubuckow 198,65, Nordhausen 1800, Neustrelitz 145,60, Neustadt 700, Neumarkt 744,95, Nordenham 345,40, Neustadt-Orla 273,35, Naumburg 335,50, Nordlingen 191,30, Oichsch 950, Oldershausen 1800, Oderberg 300, Ohlau 600, Osterode 500, Oppeln 1142,42, Oldenburg i. S. 439,55, Oels i. Schl. 100,40, Pymont 500, Prenzlau 1318,10, Plau 350, Plathe 140, Pappenheim 87,90, Peifferwisch 200, Polzin 193,15, Pafschkau 106,50, Penzlin 95,30, Quedlinburg 472,05, Rabel 408,35, Ribnitz 400, Regensburg 850, Raabeburg 148,15, Recklinghausen 1951,33, Riesa 195,20, Rotenburg, S. 600, Stuttgart 10000, Schleswig 1000, Stavenhagen 150, Steinau 10, Schweidnitz 1200, Solfau 500, Stargard i. Pom. 1000, Stade 138,50, Svinemünde 1235,32, Schweinfurt 2500, Stralfund 400, Sulzbach 169,65, Schopfloch 70,80, Strausberg 300, Schneidemühl 361,11, Senftenberg 700, Schwaan 196,55, Schönberg 248,40, Stolp 2200, Seehausen 183,35, Sangerhausen 165,30, Sonneberg 142,15, Schwiebus 51,95, Stahfurt 800, Solingen 1033,62, Schwedt 339,75, Star-

Markenmappen: Burgstädt 6,25, M.-Glabbad 31,25, Reichenbach i. Culgeb. 12,50, Jevon 6,25, Salzungen 2,50, Füssen 1,25.

Verschiedene Schriften: Tiffit 15,50, Luckenwalde 6, Köln 4,50, Reichenbach i. Culgeb. 13, Jevon 4,60, Muskau 2, Zielenzig 9, Wildeshausen 1,20, Emden 11,50, Buer 2,40, Bielefeld 15, Breslau 30, Jarmen 0,60, Landsberg a. d. W. 12.

Bundesnadeln: Stralfund 6,25, Nienburg 7,50, Wittenberge 12,50, M.-Glabbad 1,40, Recklinghausen 0,70, Wismar 2,50, Jevon 2,50, Gardelegen 3, Velzen 2,50, Minden 14, Remscheid 0,70, Stolp 7,70, Freiburg i. Schl. 1,25, Wildeshausen 1,40, Seiligenhafen 11, Neuruppin 21, Röbel 2,50, Bahn 5,60, Welfenkirchen 7, Harfeld 2,50, Grimmen 2,50, Templin 12,50, Swinemünde 10, Stade 12,50, Speyer 32,70, Cufin 2,50.

Einbände: Burgstädt 8, Hamburg 30, Solingen 8, Zeiz 4, Stolp 2, Würzen 9, Naumburg 2, Füssen 1.

Bauabende: Saalfeld 7,70, Nienburg 8, Tiffit 4,40, Wittenberge 10,30, Malchin 3, Görlitz 2, Lübeck 1, Freiburg i. Br. 6,80, Wittweida 29,10, Kuffrin 3, Zeiz 12, Breslau 14,50, Hamm 5,20, Lüneburg 9, Landsberg a. d. W. 3.

Gedentafel verstorbenen Mitglieder.

Bahn, Ernst Krause, Maurer, 44 Jahre alt. Buzlau, (Jagunau.) Reinhold Röhr, Maur., 42 Jahre. Danzig, Johann Andras, Hilfsarbeiter, 40 Jahre alt. Darmstadt, (Ramsstadt.) Wilh. Wenzel, Hilfsarb., 38 J. Dresden, (Bühlau.) Ernst Berger, Hilfsarb., 74 Jahre. Karl Gäbler, Maurer, 75 Jahre alt. Elbing, Wilhelmine Hoffmann, Hilfsarbeit., 68 Jahre. Frankfurt/M. (Märktobel.) Konr. L. Schmidt, M., 56 J. Halle/Saale, Hermann Moritz, Maurer, 52 Jahre. Hermann Zachaus, Maurer, 56 Jahre alt. Heidelberg, Jakob Keilmann, Hilfsarbeit., 49 Jahre. Kiel, Peter Jakoby, Arbeiter, 47 Jahre alt. Hermann Knuten, Maurer, 78 Jahre alt. Kuffrin, Karl Krüger, Maurer, 70 Jahre alt. Leipzig, (Eilenburg.) Adolf Saalbach, Maurer, 53 J. Löbau, (Rennitz.) Heinrich Noack, Hilfsarbeiter, 79 J. Magdeburg, (Gamswegen.) Franz Wilke, Maurer, 56 J. Mainz, (Königsfäden.) Ph. Grünwald, Maurer, 44 J. Mannheim-Rheinau, Stefan Rappke, Stuftat., 53 Jahr. Mittweida, (Walldheim.) Adolf Peters, Hilfsarb., 47 J. München, (Obergießing.) J. Georg Güthlein, S.-M., 60 J. Pirna, Karl Diehner, Lötfer, 54 Jahre alt. (Lohmen.) Oskar Ehlig, Hilfsarbeiter, 36 Jahre alt. (Lebnitz.) Oswin Müller, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt. (Königsstein.) Arthur Sirehe, Hilfsarb., 43 Jahre alt. (Berggießhübel.) Kurt Walther, Hilfsarb., 41 Jahre. Ditzsch-Rastewitz, (Gr. Berndau.) P. Krummschmidt, 24 J. Schönerin, Fritz Fischer, Dfenseher, 29 Jahre alt. Steinau, Richard Schilk, Bauhilfsarb., 27 Jahre alt. Lorgau, Wilhelm Ehmke, Maurer, 56 Jahre alt. Trier, Josef Werk, Mauer, 43 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenten!

Erklärung. Hiermit nehme ich die beilegenden Aufstellungen, die ich gegen den Kollegen Engert in der Bauzei Ringeln gebraucht habe, mit Bedauern zurück, und erkläre, daß sie unwahr und aus der Luft gegriffen sind. Bergmüller, Josef, Bamberg, Untere Sandstraße Nr. 9.

Ehrenklärung. Die von mir ausgesprochene Beleidigung gegen den Gewerkschaftsangehörigen Adam Selter nehme ich mit Bedauern zurück. Hans Oberm.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter.

„Grundstein zur Einigkeit“ Sig Hamburg, Wallstr. 11, (Zuschußkasse).

Bekanntmachung.

Entsprechend dem Aufmerksungsbescheid vom 16. Juli 1925 und der Durchführungsverordnung zum Aufmerksungsbescheid vom 29. November 1925 ist vom Aufsichtsrat und Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ in Hamburg als Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ ein Geschäftsplan über die Verwendung des aufgewerteten Vermögens beschloffen worden, der am 9. Mai 1930 vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherungen genehmigt wurde. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. September 1924 in Hamburg war die Auflösung der Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ und die Übertragung des gesamten Vermögens auf die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ beschloffen worden. Hierdurch war allen Mitgliedern der aufgelösten Sterbekasse, die gleichzeitig der Zentral-Kranken- und Sterbekasse angehören, der Bezug aus dem Vermögen der alten Sterbekasse gesichert. Die Mitglieder, die der Kasse noch angehören, und deren Angehörigen haben kein Anrecht auf die Barabfindung. Um aber auch die ehemaligen Mitglieder und Sterbekasse nicht der alten Sterbekasse, die der Zentral-Kranken- und Sterbekasse nicht angehören, an der Aufwertung des Vermögens der alten Kasse zu beteiligen, bestimmt der beschlossene Geschäftsplan, daß diese Mitglieder aufgebortet werden, und sich bis zum 1. Oktober 1930 unter Einlegung ihres Mitgliedsbuches der Sterbekasse in die Hauptkasse Hamburg 25, Wallstr. 11, melden sollen. Es wird eine Barabfindung (der Kostenerparnis wegen für alle Mitglieder in gleicher Höhe festgelegt) von 5 M für jede Mitgliedschaft von der Hauptkasse ausbezahlt. Es werden jedoch die Mitgliedschaften, die nur bis zu 10 Papiermark an Beiträgen geleistet haben, nicht berücksichtigt. Alle Meldungen und Anspruchsbehebungen nach dem 1. Oktober 1930 gelten als erloschen. Der Aufsichtsrat. H. Kleinfecht. Der Vorstand. A. Beeg.

Bücher u. Schriften

Gesundheit, Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. B., Berlin - Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. „Surra, Ferien!“ steht unter dem Titelbild der Jubiläumnummer dieser an den Lesern kostenlos verteilten Zeitschrift, das eine jauchend aus dem Tor des Schutthauses hinausströmende Kindergruppe zeigt. Auch der Inhalt der Nummer ist im weitestesten Sinne beizubehalten. Die Zeitschrift ist im wesentlichen der besten Jahreszeit, die auch die Frage der besonderen Aufmerksamkeit gewährt. Prof. Dr. Sellmann schreibt über „Gefährliche Nahrungsmittel“, Prof. Dr. Grotjahn über „Ein Selbstverleugner der Brotfrage“. Eine Hausfrau gibt wiederum unter der Überschrift „Die Liebe des Mannes geht durch den Magen“ praktische Vorschläge über die Zusammenstellung der Mittagsmahlzeit.

Korrespondenzblatt der heiztechnischen Zentrale für das Dfensehergewerbe Deutschlands. Erscheint monatlich. München 2 RW, Jägerstraße 19. — Die Kenntnis von der heiztechnischen Entwicklung ist nicht nur für die Berufsgruppen notwendig, die Heizkörper herstellen. Die Art der Beheizung der Wohnungen und gewerblichen Räume ist gesundheitslich und wirtschaftlich für jeden Benutzer, so wesentlich, daß das Notwendigste über die beste Form der Beheizung nicht nur den Heizungsinstituten, sondern auch jedem Gebraucher bekannt sein sollte. In jüngster Zeit ist die Radlofenheizung wieder sehr beliebt geworden. Der neuzzeitliche Radlofen ist wärmeeffizienter als verbleibt, daß er für die Wohnraumbeheizung unzureichend ist. Ueber diese technischen Vorschritte der Radlofenbeheizung berichtet das Korrespondenzblatt. In dem Blatt werden anerkannte Fachleute mit. Es ist so in der Lage, jeden Interessenten über die Vorzüge der Radlofenbeheizung zu beraten.

Ohne Beitragsleistung kein Fortschritt!

Für die Woche vom 13. bis 19. Juli ist der 29. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

gard i. M. 182,20, Salzungen 367,44, Sandau 75, Lufflingen 1000, Triffau 150, Tiffit 1000, Tegernseeal 323,45, Lorgau 770,60, Lufflingen 199,30, Tempelburg 108,10, Lemplin 995,75, Lrepow a. d. R. 623,30, Uetersen 556,70, Ustar 200, Weckermünde 225,85, Wzburg 298,70, Weizen 494,28, Wesselhövede 200, Varel 542,55, Wyk/Föhr 388,50, Weifenfels 13,45, Walsrode 318,35, Waldenburg i. Schl. 8000, Wemding 250, Wilsen (Aller) 240, Wittenburg 220,50, Wildeshausen 173,05, Wilsen (Eube) 908,75, Wiesbaden 3500, Wuppertal 8666,53, Wriezen 663 05, Warin 144,65, Wolgast 135,75, Werneuchen 32,45, Würzburg 2751,55, Weißheim 1600, Wernigerode 349,55, Zarrentin 100, Jevon 180,10, Zwickau 2500.

Kalender: Tiffit 9, Wittenberge 18, Danzig 0,60, Laufen 9, Heiligenhafen 12, Corbach 3, Luckenwalde 6, Wesselfuren 1,20, Harfeld 3,60, Templin 2,40, Speyer 90, Landsberg a. d. W. 30, Cufin 3.

Zu hüllen: Reichenbach i. Culgeb. 37,50, Burg b. Magdeb. 3, Stahfurt 37,50, Friedland 3, Heiligenhafen 1,80, Röbel 6, Ribnitz 3, Jevon 6, Zeiz 15, Wesselfuren 1,50, Wentzin 15, Fürstberg 4,50, Caputh 3, Heinrichswalde 1,50.

So billig wie nirgends. Höchste Qualität. Niedrigste Preise. Prachtkatalog kostenlos. Sigurd Gesellschaft Kassel 368. Auf Sigurd-Bereifung vorübergehend 10% Rabatt.

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiße 5 Mk., bessere 8 Mk., 7 Mk., daunenweich 9 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschl. 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt sachsel, Lobes Nr. 9 bei Pilsen, Böhmen.

EISU. Stahl- u. Holz-Betten. Schlafzim., Stahlmatr., Kinderb., Polst., Chaisel, an jeden Teilzweig. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Sahl (Thür.).

Louis Mosberg, Bielefeld 1868 - 1928. Verlangen Sie in der Welt überall. Louis Mosberg's bewährte Bekleidungs- u. Teakholzwasserwagen, Kellers. mit der Wasserwaage. (Lies an Plätze nicht verwechseln. Preislisten und Kataloge kostenlos.)

Betten aus dichtem Bett-Inlett! Oberbett mit 7 Pfund 15,85 19,70 23,75. Unterbett mit 6 Pfund 14,90 18,20 22,50. 1 Kissen mit 2 1/2 Pfund 4,50 5,90 6,90. Vollständiges Bett . . . 35,- 43,- 53,-. Bettfedern . . . 1,25 1,90 2,40. Halbdaunen . . . 3,- 4,50 5,50. Daunen . . . 8,50 10,50 12,50. Preislist. grat. Umtausch od. Geld zur. Viele Dankschr. Nachnahmever. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 43, Mönchebergstr. 8 1/2.

In 3 Tagen Nichtraucher Auskuntt kostenlos! Sanitas-Depot, Halle a. d. S. 350 G.

Gummiwaren, hygienische Artikel. Illust. Preisliste gr. Elite-Versand, Berlin S 58

Das Bundes-Mitgliedsbuch gehört in die Buchtasche. Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen (F)

Maurer kauf deine R. Klingauf Bld. 1055, Weidenburger Str. 79. Gummiwaren, hygien. Artikel, Preislist. G 1 grat. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jachstr. 8

Schmale Teakholz-Wasserwaagen. Der Konkurrenzkampf beginnt. W. Richter ist u. bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität. Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-25 cm. Preis 3,70 3,50 2,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,30 Mk. bei 4 Stck. an portofr. Bei 11 Stck. grat. Sämtl. Werkzeuge gut u. billigst. W. Richter, Düsseldorf-Unterrath. Preisliste gratis.

Berufs- u. Sportbekleidung. Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen, „Teakin“ Schlaphüte, Isländer, Orig. Berliner Stukktouranzüge. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderfabrik Versandhaus Fritz Ulrich Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

Billige böhm. Bettfedern! 1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 Pf., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße, flaumige, geschliss. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste, geschliss. Halbdaunen-Herrenschaftsfedern 4,-, 5,-, 6,- Mk.; 1 Pfund Rufffedern, ungeschliss., mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3,- Mk., allerfeinster Flaumruff 3,50 Mk., 50 Mk. Versand zollfrei, gegen Nachnahme von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis. S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26/33, Böhmen.

Schmale Teakholz Wasserwaagen. Das Beste! Garantie für Genauigkeit! Sämtliche Gläser in Metall gefasst mit grünfarbiger Libelle zum Schutz für die Sonne und bessere Verlesbarkeit. Längen: 50 60 70 80 90 100 cm bei 5 Stück. Preis: 2,25 2,50 2,75 3,00 3,25 3,50 Mk. Versand zollfrei. Sämtliche Werkzeuge für alle Baugewerkschaften + Kataloge kostenlos. H. HIESSINGER-WERKZEUGFABRIK-NÜRNBERG

Wer im Beruf steht. KARNACK. muß an sein Fortkommen denken. Zu Ihrer Weiterbildung benutzen Sie die Selbst- und Fernunterrichtsbriele des Systems Karnack-Hachfeld: Bautechniker, Wasser- und Brückenbautechn., Zimmer-, Maurer-, Baugewerksmeister, Polier, Architekturzeichner, Straßenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker; Techn. Schulung für techn. Prüfungen in der Bauindustrie, Maschinenbau, Installation, Hand- u. Elektr. Technik, Vorbereitung zu Schulprüfungen (Oberschulreife, Abiturienten-Examen) durch d. Selbstunterrichtsbriele der Methode Rustin. Bequeme Monatszahlungen. Prospekte kostenlos. Lehrproben unverbindlich. Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam B. 8.

2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise. 1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Abblättern eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Marl, Leodor-Ebel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. 2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Marl, Chlorodont-Zahnbürste 1 Marl, Chlorodont-Mundwasser 1 Marl.

Josef Witt, Weiden (Opl.). Aeltestes u. größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eig. Spinnerei von 32 500 Spindeln, mit eig. Weberei von 640 Webstühlen. gibt kurze Zeit ab: Nr. Preise per Meter Breite Mk. Pf. 85 Gardinen, sog. Vorhangstoff, a. pr. f. Garn, m. indanthr. goldfarb. Streifen . . . 70 cm 0.24 86 Weißes Hemdentuch, leichte Sorte m. Schmittkante 70 cm 0.25 87 Weißes Hemdentuch, f. gute halb. Wäschestücke . . 80 cm 0.45 88 Weißes Hemdentuch, mittelst. fäd., dicht geschl. vorzügl. Qualität für besond. solide gute Wäschestücke . . 80 cm 0.65 89 Weißes Maccotuch, s. feinfäd., dicht geschl., aus gar. rein ägypt. Baumwolle für bes. feine bessere Hemden und Wäschestücke . . 80 cm 0.72 90 Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwüstl. i. Gebrauch 78 cm 0.49 91 Hemdenflanell, indanthrenfarb., gestreift, gute, besond. reifste Sorte . . . 72 cm 0.38